



Wahlprogramm der CDU-Bremen für die Bürgerschaftswahl am 25.5.2003

INHALT

6.4.2003

ARBEITEN IN BREMEN UND BREMERHAVEN 5

Neue Arbeitsplätze schaffen, bestehende langfristig sichern 5

Den wirtschaftlichen Aufschwung fortsetzen 6

Tourismus, Veranstaltungen und Messen ausbauen 11

Häfen als Wirtschaftsmotor nutzen 13

Den Sanierungskurs beibehalten 15

LEBEN IN BREMEN UND BREMERHAVEN 19

Familien in den Mittelpunkt stellen 19

Behinderte in unsere Gesellschaft einbinden 22

Gesundheitswesen modernisieren 23

Mehr Perspektiven für die Zeit nach der Berufstätigkeit schaffen 25

Städte innovativ und modern entwickeln 28

Umweltschutz als Zukunftsaufgabe begreifen 30

Ein sicheres Leben gewährleisten 33

Die kulturelle Vielfalt bewahren 37

Freizeit- und Aufenthaltsqualität steigern 39

Für Sport begeistern 40

Bürgernahe Verwaltung schaffen 42

ZUKUNFT FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN 44

Bildung für unsere Kinder verbessern 44

Wissenschaft und Technologie fördern 47

Sozialsysteme sichern, Missbrauch verhindern 52

Integration fordern und fördern. Zuwanderung steuern und begrenzen 53

Den demographischen Wandel gestalten 54

Chancen in Europa ergreifen 56

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihren Händen halten Sie das Regierungsprogramm der CDU Bremen für die kommenden vier Jahre. Sie werden feststellen: Wir haben uns viel vorgenommen. Große und schwierige Aufgaben liegen vor uns. Wir wollen uns diesen Herausforderungen stellen und mit diesem Programm zeigen wir Ihnen unseren Weg für Bremen. Sie werden merken, dass wir stolz sind auf das, was wir in den vergangenen nunmehr acht Jahren der Regierungsverantwortung für unser Land erreicht haben. Wir sind stolz auf den neuen und frischen Wind der Veränderung, der dank unserer Regierungsbeteiligung nach so langen Jahren endlich durch Bremen weht.

Mit diesem Programm blicken wir in die Zukunft - und zwar nicht nur auf die nächsten vier Jahre. Unser Land steht vor viel größeren Herausforderungen, als dass sie in vier Jahren bewältigt werden könnten. Wir denken in langfristigen Perspektiven, um Bremen einen zukunftsorientierten und sicheren Platz in Deutschland und Europa zu gewährleisten. Wir wollen aber nicht nur vorausschauen, sondern wir wollen den Weg in diese Zukunft gestalten. Nach wie vor ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die zukunftsfähige Neuausrichtung und Sicherung vorhandener Arbeitsstellen eine zentrale Aufgabe für das Land Bremen. Wir werden unsere Städte weiter attraktiv gestalten, und gleichzeitig noch stärker zum Anziehungspunkt für neue Bürgerinnen und Bürger entwickeln. In erster Linie gelingt das über Arbeitsplätze. Daher wollen wir in Bremen und Bremerhaven Voraussetzungen dafür schaffen, dass Sie hier bleiben und dass zusätzlich viele Menschen nach Bremen und Bremerhaven ziehen und bei uns ihren Lebensmittelpunkt finden.

Wir werden Familien und Kinder sowie deren Bildungschancen wieder mehr in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Ohne Kinder hat dieses Land keine Zukunft! Dies ist zwar keine neue Erkenntnis, aber es ist endlich an der Zeit, danach zu handeln.

Wir wollen als CDU auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Menschen in unseren beiden Städten sicher und ohne Angst leben können. Darum setzen wir einen weiteren Schwerpunkt im vorliegenden Programm auf die innere Sicherheit unseres Landes.

Ein weiteres Thema, das uns in der Vergangenheit beschäftigt hat - und es wird uns auch in den nächsten Jahren massiv beschäftigen - sind die Finanzen. Es muss uns weiterhin gelingen, die Finanzkraft unseres Zwei-Städte-Staates dauerhaft zu verbessern. Diese Aufgabe können wir nur alle gemeinsam bewältigen. Die Zeit des Sparens und Investierens ist nicht vorbei. Dieser Herausforderung stellen wir uns, indem wir das Arbeiten und das Leben in Bremen und Bremerhaven so gestalten werden, dass am Ende nicht nur die Eigenständigkeit unseres Landes erhalten bleibt, sondern vor allem, dass sich Bremen und Bremerhaven als innovative, moderne, lebenswerte und starke Region in Deutschland und Europa präsentieren und positionieren. Die CDU ist dabei der verlässliche Partner in Bremen, der mit Konstanz und Konsequenz an diesen Zielen arbeitet.

In unserem Programm finden Sie Vorstellungen für ein Land, das Ihnen Raum für Arbeit und Leben bietet und in dem wir gleichzeitig mit Ihnen gemeinsam die Zukunft gestalten wollen. Es geht uns um Bremen, eine liberale und weltoffene Großstadt, die attraktiv und liebenswert ist und mit uns bleiben soll. Bremen lebt von seinen toleranten und aufgeschlossenen Menschen. Wir schätzen dieses Klima, in dem norddeutsches Understatement und Stolz auf Bremen und Bremerhaven zusammenkommen.

Es geht uns um Bremerhaven, die Stadt am Meer. Bremerhaven hat mit seinem maritimen Flair, der wunderschönen Lage an der See, den Häfen und Schiffen eine zentrale Bedeutung im norddeutschen Raum. In den nächsten Jahren wird sich allerdings viel in Bremerhaven tun müssen, denn genau diese Vorzüge müssen noch weiter in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Grundsteine sind bereits gelegt. Doch besonders für Bremerhaven gilt: Neue Arbeitsplätze müssen entstehen, wenn die Seestadt langfristig neue Einwohner gewinnen will. Das wird uns gelingen, wenn wir die Vorteile und Vorzüge Bremerhavens intensiv entwickeln und konsequent für dieses Ziel nutzen.

Überzeugen Sie sich auf den folgenden Seiten von unseren Vorstellungen und Ideen. Prüfen Sie unseren Plan, mit dem unsere Städte sicher und erfolgreich in die Zukunft gehen sollen, und schenken Sie uns dann Ihr Vertrauen.



4

Beauftragen Sie uns mit Ihrer Stimme am 25. Mai 2003, das Land Bremen zukunftsfähig zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Hartmut Perschau
Bürgermeister

ARBEITEN IN BREMEN UND BREMERHAVEN

Neue Arbeitsplätze schaffen, bestehende langfristig sichern

Die Erhaltung vorhandener, vor allem aber die **Schaffung neuer dauerhafter Arbeitsplätze steht im Mittelpunkt** unserer Politik für Bremen und Bremerhaven. Wer arbeitslos ist oder wird, muss so bald wie möglich hier eine neue Arbeitsstelle finden. Menschen ohne Arbeit müssen daher schnell, direkt und effektiv bei ihrer Arbeitssuche unterstützt werden. Sie gilt es zu fördern und auch zu fordern. Wir müssen den Arbeitsmarkt weiter deregulieren und von bürokratischen Hemmnissen befreien. Gleichzeitig müssen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber von der zu hohen Steuer- und Abgabenlast entlastet werden.

Die **fatale Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung** schafft für unser Land Rahmenbedingungen, deren negative Auswirkungen auf die Wirtschaft nur schwer durch eigene Maßnahmen und Investitionen auf Landesebene kompensierbar sind. Dennoch konnten wir in den letzten Jahren gegen den bundespolitischen Trend beim **Wirtschaftswachstum und den Existenzgründungen** deutliche Erfolge verbuchen. Diese Entwicklung zu Gunsten der heimischen Wirtschaft und der Arbeitsplatzentwicklung wollen wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Die CDU wird weiterhin in der Wirtschaftspolitik Schwerpunkte im Bereich der **Häfen, der Luft- und Raumfahrt, der Automobil- und Lebensmittelindustrie**, die zu den wichtigsten Arbeitgebern Bremens und Bremerhavens zählen, setzen. Vor allem wollen wir auch die **Dienstleistungsbereiche** deutlich ausbauen, da der Dienstleistungssektor für das Land Bremen immer stärker an Bedeutung gewinnt. Der Strukturwandel im Dienstleistungsbereich eröffnet neue berufliche Chancen. Dabei setzen wir einen deutlichen Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen - wobei wir besonders die Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigen werden.

Tausende **Arbeitsplätze** sind besonders in den Bereichen des **Dienstleistungszentrums am Flughafen, der Informations- und Kommunikationstechnologie,**

des ambulanten und stationären Gesundheitssektors sowie der Freizeitwirtschaft entstanden – diese Entwicklung wird mit der CDU fortgeführt. Wir setzen auf diese viel versprechenden Bereiche, die auch in der Zukunft wettbewerbsfähig sind.

In der **Gesundheitswirtschaft** zahlen sich die Investitionen, z. B. in Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen aus. Der Gesundheitsbereich ist bereits heute ein wichtiger Arbeitgeber in unseren beiden Städten und entwickelt sich ausgesprochen positiv, weil die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen deutlich steigt. Wir wollen, dass diese wachsende Nachfrage nach neuen Dienstleistungen und innovativen Produkten in Bremen und Bremerhaven befriedigt werden kann, um so noch mehr zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Jungen Menschen eine erfolgreiche berufliche Zukunft in Bremen und Bremerhaven zu garantieren, ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Die Bildung und Ausbildung sind für den Wirtschaftsstandort und die Innovationsfähigkeit Bremens und Bremerhavens von großer Bedeutung. Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte stellt sowohl hinsichtlich des Erfolgs der regionalen Wirtschaft als auch in Bezug auf die Anwendung neuer Technologien den mit Abstand wichtigsten Standort da.

Damit junge Menschen nach ihrer Ausbildung nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, unterstützen wir am ersten Arbeitsmarkt orientierte **Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen**.

Den wirtschaftlichen Aufschwung fortsetzen

Bremen und Bremerhaven stehen in einem umfassenden und **globalen Standortwettbewerb**, dem wir uns nicht entziehen können und wollen. Standortwettbewerber finden sich nicht nur im benachbarten Niedersachsen oder in den anderen Bundesländern, sondern in ganz Europa und jenseits des Atlantiks. Es ist daher unabdingbar, die besseren Voraussetzungen für Wachstumspotenziale und Wettbewerbsfähigkeit anbieten zu können. Unsere Standortpolitik hat auch in Zukunft ein **investitions- und innovationsfreundliches Klima** zum Ziel und setzt auf die Weiterentwicklung **moderner** und auch unter Kostengesichtspunkten **wettbewerbsfähiger Infra-**

struktur, um überzeugende **Standortvorteile** zu bieten und Beschäftigung zu fördern.

Bremen befindet sich seit unserer Regierungsbeteiligung in einem **positiven wirtschaftlichen Entwicklungsprozess**. Unser Land liegt im Durchschnitt der letzten fünf Jahre beim Wirtschaftswachstum in Deutschland an dritter Stelle. Im selben Zeitraum sind über 15.000 neue Arbeitsplätze im Lande Bremen entstanden und mehr als 20.000 gesichert worden. Durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik haben sich seit 1999 128 neue mittelständische Firmen mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung in Bremen angesiedelt. Diesen Aufwärtstrend wollen wir stabilisieren und weiter stärken, da insbesondere die traditionellen bremischen Industriebereiche wie Stahl und Werften weiteren Umstrukturierungen unterworfen sind. Mit unserer Wirtschaftspolitik wollen wir Antriebskräfte, Fähigkeiten und Energien aktivieren und entfesseln, nicht abbremsen, wie es momentan durch die rot-grüne Politik der Bundesregierung geschieht.

Zukunftsträchtige Arbeitsplätze entstehen insbesondere in der **Technologie- und Dienstleistungsbranche** und insbesondere durch **erfolgreiche Transferprozesse und Kooperationen** mit der heimischen Wirtschaft. Das Land Bremen verfügt über eine gute Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur, die es weiter zu entwickeln gilt. Unser Ziel ist es, Bremen bis zum Jahre 2010 in die Top 10 der **Technologiestandorte** zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Aufbau von **regionalen Netzwerken** zu fördern, die insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittelständischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb stärken. Dabei ist für die CDU zunächst die Kommunikation und Kooperation zwischen den kleineren Unternehmen von großer Bedeutung. Daran knüpft eine Vernetzung mit **wissenschaftlichen Einrichtungen** an. Auch die Stärkung von bestehenden und die Entwicklung von neuen Kompetenzschwerpunkten in Innovationsfeldern werden durch die CDU weiter vorangetrieben. Eine wesentliche Bedingung zur Stärkung Bremens als Technologiestandort ist die räumliche Nähe zur Universität, welche insbesondere für den Beginn einer unternehmerischen Tätigkeit von Bedeutung ist. Unser ehrgeiziges Ziel ist es, einen **Technologiestadtteil** zu entwickeln, der diese räumlichen Vorteile bietet. Die Ausweitung des Technologieparks in das Hollerland bietet diese Möglichkeiten.

Bremen ist ein erfolgreicher Standort für die **Luft- und Raumfahrt**. Die CDU wird die Maßnahmen der bremischen Flugzeug- und Raumfahrtindustrie zur Sicherung und Stärkung des Luft- und Raumfahrt-Standortes Bremen wie bisher unterstützen. Für den Luftfahrzeugbau geht es im Wesentlichen darum, die im Bremer Airbus-Werk „traditionell“ starken Bereiche Material- und Bauweisentechnologie, Frachtladesysteme sowie Hochauftriebssysteme zu europaweiten Entwicklungszentren auszubauen. Für den Raumfahrzeugbau steht derzeit im Vordergrund, Bremen als einen wichtigen europäischen Standort sowohl für Betriebs- und Nutzungsaufgaben, die durch die Internationale Raumstation ISS entstehen, als auch für die Entwicklung und den Bau fortgeschrittener Trägersysteme zu erhalten und weiterzuentwickeln und dabei die regionale Raumfahrt-Arbeitsgemeinschaft zu stärken.

In Bremerhaven sind einige der **international bedeutsamen Lebensmittel- und Tiefkühl-Fischverarbeitungsbetriebe** mit Produktions- und Entwicklungsstätten angesiedelt. Dieses Potenzial soll weiter ausgebaut und gestärkt werden. Wir wollen den in diesem Bereich positiven Trend fortsetzen und die Wettbewerbsfähigkeit der in Bremerhaven angesiedelten Unternehmen der Ernährungswirtschaft stärken und ihren veränderten Bedürfnissen Rechnung tragen. Dazu trägt insbesondere der Ausbau Bremerhavens zum Zentrum der „**Blauen Biotechnologie**“ bei.

Neben der Automobil- und Lebensmittelindustrie ist die **Umwelttechnologie** ein globaler Markt, der besondere Herausforderungen an die Innovationskraft der Unternehmen und der Region stellt. Ein für das Land Bremen besonders attraktives Feld: die Windenergie. Hierzu ist bereits ein Netzwerk aufgebaut worden. Dieses Netzwerk kann die Basis für regionale Kooperationen, nutzbare Synergien und gemeinsame Messeauftritte sein und ist daher auszuweiten.

Der **Einzelhandel** ist für Bremen und Bremerhaven von großer Bedeutung. Die Nebenzentren haben bereits jetzt eine Aufwertung erfahren durch Stadtteilzentren wie die Berliner Freiheit, im Müller Loch oder in der Pappelstraße. Im Mittelzentrum **Vegesack** wird nun zügig die Markthalle auf dem **Sedanplatz** zu realisieren sein. Wir arbeiten auch weiter an der Entwicklung des **Viertels** zwischen Ostertorsteinweg und Vor dem Steintor, dessen Vielfalt und Lebendigkeit wir so erhalten und weiter entwickeln wollen. Der Einzelhandel wird künftig insbesondere durch die **Aufwertung von**

Nebenstraßen in der Innenstadt, den so genannten 1b-Lagen, gefördert. Wir treten weiterhin für eine Flexibilisierung der **Ladenöffnungszeiten** ein. An den Wochentagen sollen die Öffnungszeiten völlig freigegeben werden, während der Sonntag als Ruhetag erhalten bleibt.

Das **Handwerk** ist eine der wichtigsten Säulen der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven. Dem hohen Stellenwert, den das deutsche Handwerk national wie auch international hat, gilt es, gerecht zu werden. Die Förderung von kleinen und mittelständischen Betrieben ist Teil unserer **Mittelstandsoffensive**, mit der wir insbesondere das Handwerk im Land Bremen unterstützen werden. Die Schaffung **mittelstandsgerechter Rahmenbedingungen**, eine faire Chance für kleine und mittelständische Betriebe bei der **Vergabe öffentlicher Aufträge** gehört dazu. Zur **Ausbildung** von Jugendlichen leistet das Handwerk einen ganz wesentlichen Beitrag und trägt so zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei. Mit unserer Bildungspolitik gerade im Bereich der Hauptschule und beruflichen Bildung wollen wir bessere Ausbildungsvoraussetzungen für das Handwerk schaffen. Mit der Fortführung des Landeswettbewerbs zur „**Meistergründungsprämie**“ wollen wir weiterhin hervorragende Beispiele für erfolgreiche Betriebsgründungen und –übernahmen auszeichnen.

Existenzgründungen müssen effektiv und individuell gefördert und unterstützt werden. Mit der Hilfe der Gründungsleitstelle (B.E.G.IN) wurden in Bremen von 1998 bis 2002 rund 5000 Existenzen gegründet, die rund 10.000 neue Arbeitsplätze im Land Bremen geschaffen haben. Dieses überdurchschnittliche Ergebnis soll fortgeführt und noch weiter verbessert werden, besonders im Bereich der jungen und innovativen Unternehmen. Um **günstige Rahmenbedingungen** gerade für diese Start-ups zu schaffen, sind die bereits etablierten, aber auch die derzeit entstehenden Gründerzentren hervorragend geeignet. Beispiele hierfür sind das Biotechnologiezentrum, das Fahrenheithaus oder auch das Gründerzentrum Airport. Außerdem gilt es, das erfolgreiche Projekt „Gründung aus der Hochschule“ auszubauen. Zur Erleichterung von Existenzgründungen werden wir **behördliche Verfahren beschleunigen** und Verwaltungsaufwand reduzieren. Wir werden zentrale Anlaufpunkte einrichten mit einem Ansprechpartner als Bezugs- bzw. Beratungsperson („**one-stop-office**“).

Die **Bürokratie und der Verwaltungsaufwand** sind für kleine und mittlere Unternehmen ein erhebliches Hemmnis. Folgende Maßnahmen wollen wir so schnell es geht umsetzen:

- neue Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden **generell befristet**
- geltende Regelungen erhalten gestaffelte **Verfallsfristen**
- bestehende Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden überprüft und ggf. bereinigt bzw. abgeschafft, so dass weniger und deutliche Vorschriften entstehen
- die Einführung einer **Mittelstandsklausel**, die bei allen Regelungsvorhaben die Prüfung der Auswirkungen auf kleine und mittelständische Unternehmen erzwingt
- Prüfung, bei welchen gewerblichen Baumaßnahmen auf eine bautechnische Prüfung verzichtet bzw. dies auf private Sachverständige übertragen werden kann
- Ausweisung des Landes Bremen als „Innovationszone“ mit der Möglichkeit, für fünf Jahre vom Bundesrecht abzuweichen, um den Abbau bürokratischer und Investitionen hemmender Vorschriften in der Praxis zu testen

Eine Grundvoraussetzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist die **Bereitstellung von Gewerbegebieten**. Mit dem Integrierten Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistungen in der Stadt Bremen (IFP), welches bereits bis zum Jahre 2010 fortgeschrieben ist, kann die erfolgreiche Politik der vergangenen Jahre fortgesetzt werden. Zu den Schwerpunktprojekten zählen u. a. die Weiterentwicklung der Umgebung der Airport-City, der Überseestadt und das Vorantreiben des Technologieparks Universität. In Bremerhaven wollen wir das Gelände der Carl-Schurz-Kaserne, der Luneplate und den südlichen Fischereihafen entwickeln. Die künftige Gewerbeflächenplanung muss sich mit Funktionsbereichen wie Wohnen, Freizeit, Grün- und Zentrenplanung verschränken und somit Bestandteil einer umfassenden Stadtentwicklungsplanung sein.

Bei der Erschließung von Gewerbeflächen ist auch die **Nutzung von Brachen** besonders einzubeziehen. Vor allem in der Innenstadt gelegene, ungenutzte Grundstücke müssen für Investoren wieder interessant gestaltet und vermarktet werden.

Die **Außenwirtschaft** spielt für Bremen und Bremerhaven eine strukturbestimmende und stetig an Gewicht zunehmende Rolle. Der **internationale Handel** hat entscheidend zu den wirtschaftsstrukturpolitischen Zielen „Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft Bremens“ und „Schaffung von Arbeitsplätzen“ beigetragen. Daher werden wir die eingeleitete Neuausrichtung so fortführen, wie es das Außenwirtschaftskonzept vorsieht, das der Senator für Wirtschaft und Häfen vorgelegt hat. Darin ist unter anderem vorgesehen, die bremischen **Auslands-Repräsentanzen** wieder vermehrt auf die internationale Unternehmens-Akquisition zu konzentrieren und das Aufgabenfeld des **World Trade Centers** auf noch mehr Hilfestellungen, Unterstützung und Betreuung ausländischer Unternehmen zu konzentrieren, die Interesse an einer Ansiedlung im Land Bremen oder an Wirtschaftsbeziehungen mit bremischen Unternehmen haben.

Die **Beteiligung an Messen im In- und Ausland** stellt eines der wichtigsten Marketinginstrumente dar, wobei Messen nicht nur als reines Verkaufs- und Präsentationsinstrument dienen, sondern auch als bedeutendes Orientierungs-, Informations- und Kontaktforum. So wird auf Bremen und Bremerhaven als Wirtschaftsstandort international aufmerksam gemacht, werden Kontakte hergestellt, Investoren angesprochen und gleichzeitig Handlungsfelder und Märkte für bremische Unternehmen erschlossen. Die CDU setzt sich auch weiterhin für Förderprogramme ein, die auf Messen und Markterschließung zielen.

Tourismus, Veranstaltungen und Messen ausbauen

Der Tourismus hat sich im Land Bremen zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige entwickelt. Er trägt zur **Stärkung des Dienstleistungssektors** und somit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei. In Bremen und Bremerhaven sind fast 13.000 Beschäftigte in Tourismus und vorgelagerten Bereichen tätig.

Um das Land Bremen als **touristisch attraktiven Standort** zu sichern und auszubauen, werden wir gezielt überregionale wie auch internationale Werbemaßnahmen für unser Land durchführen. Die **Standortwerbung** für das Land Bremen hat bereits Früchte getragen und mehr Touristen nach Bremen und Bremerhaven gelockt. Diese

Entwicklung soll sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Deshalb müssen wir uns auf die Stärken der beiden Tourismusstädte konzentrieren, das **Angebot zielgruppenorientiert** gestalten, die **Infrastruktur standortgerecht** erweitern und das Marketing so intensivieren, dass es die bestehenden und neuen Vorhaben begleitet und deren Profilierung dauerhaft unterstützt. Zu Zeiten der angespannten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage muss der positive Trend im Tourismussektor, der erstmals im Jahre 2002 wegen des allgemeinen Einbruchs in der Tourismus- und Gastronomiebranche aufgehalten wurde, fortgesetzt und weiterhin unterstützt werden.

Um den Tourismus im Land Bremen auszuweiten, müssen Bremerhaven und Bremen noch stärker **neue Zielgruppen**, besonders im gehobenen Segment, erschließen. Dies ist nur mit neuen und qualitativ hochwertigen Angeboten möglich. Das Universum stellt in diesem Bereich bereits eine erfolgreiche Grundlage dar, die wir mit dem Visionarium ausbauen wollen. Neue Möglichkeiten bieten auch der Space Park und die „Soccer Hall of Fame“ in Bremen sowie der „Zoo am Meer“ und die Neugestaltung des Alten/Neuen Hafens in Bremerhaven. Die Attraktivität des „Schaufensters Fischereihafen“ in Bremerhaven werden wir auch in Zukunft fördern und ausbauen.

Um weiterhin vom Tourismus zu profitieren, muss Bremen **gesellschaftliche Trends erkennen** und touristisch nutzbar machen. Die Kenntnis dieser Trends ist die Basis zukunftsgerichteter Arbeit in der Tourismusbranche und der Tourismuspolitik. Viele Trends in der Gesellschaft tangieren den Tourismus: verstärkte Mobilität der Senioren, Individualisierung und Erlebnisorientierung, Gesundheitstrend, mehr Mobilität und veränderte Lebensbiographien. Der Trend zu Erlebnis und Wellness hat bereits einen Boom im Tourismus ausgelöst. Städtereisen, Highlights für Kurzurlauber, Ferien in Themenparks, Erlebniswelt Wasser (Windjammerreisen, Fluss- und Seekreuzfahrten) sind nur Beispiele von Trends, die in Zukunft bei der Tourismusförderung und dem Standortmarketing berücksichtigt werden müssen.

Bremen gewinnt immer größere Bedeutung als **Veranstaltungsstandort**. Kulturelle Events wie z.B. die van Gogh-Ausstellung lockten Zehntausende Besucher in die Stadt, aber auch Sport-Ereignisse wie das 6-Tage-Rennen sind ein Publikumsmagnet. Als weiteren sportlichen Event bereiten wir die Sail 2005 vor. Zu den sportlichen Highlights in Bremerhaven zählt das Eishockey. Wir werden daher einen Neubau der

Eishockeyhalle vorantreiben. Auch der **Ausbau des Weserstadions** sowie die **Erweiterung der Stadthalle** sind grundlegende Maßnahmen, die der Stärkung des Veranstaltungsortes Bremen dienen.

Der alljährliche Freimarkt, der Weihnachtsmarkt oder auch das Musikfest gehören zu den Freizeitangeboten, die sowohl von Bremern als auch von Touristen besucht werden. Diese Festivitäten in Bremen sind wichtig für Einzelhändler, Gaststätten und Hoteliers und werden daher auch in Zukunft unterstützt.

Der **Messestandort Bremen** ist Teil des Tourismus- und Veranstaltungsstandortes, da die Geschäftsreisen die Hälfte der Übernachtungen ausmachen. Während der Privattourismus hauptsächlich an Wochenenden und in Ferienzeiten stattfindet, konzentriert sich der Geschäftstourismus nahezu ausschließlich auf die Werktage. Nur im Zusammenspiel beider Segmente kann eine optimale Auslastung der Infrastruktur und ein damit verbundener wirtschaftlicher Erfolg einsetzen. Mit der Formulierung von Messeschwerpunkten oder Themen sowie mit Kooperationen mit anderen Messestandorten und Veranstaltern werden wir die Attraktivität Bremens als Messestandort stärken.

Häfen als Wirtschaftsmotor nutzen

Die **Leistungen der bremischen Häfen** wachsen – die Umschlagszahlen steigen, die Entwicklung ist viel versprechend. Ein gut gehender und zukunftsorientiert ausgerichteter Hafen bedeutet immer Arbeitsplätze in der Region und Wirtschaftskraft. Aber die Entwicklung der bremischen Häfen darf nicht stagnieren. Wo die Entwicklung stehen bleibt, ist eine **globale Wettbewerbsfähigkeit** nicht mehr gegeben. Deshalb ist eine **bedarfsgerechte Infrastruktur** für die Häfen genauso wichtig, wie ein **zügiger Ausbau von CT IV** und die Beteiligung Bremens am **Tiefwasserhafen** in Wilhelmshaven. Mit diesen Maßnahmen sichern wir **Arbeitsplätze** besonders in Bremerhaven und erhalten die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen im Wettbewerb mit Städten wie Rotterdam und Hamburg.

Zur **Verbesserung der Infrastruktur** für die Häfen sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Absicherung von A 281, A 27, A1 (acht-streifig), B 212, der Außenweservertiefung, Unterweser- und Mittelweseranpassung (incl. Schleusen), Ausbau des Bahnknotens Bremen im Bundesverkehrswegeplan
- Verbesserung der verkehrlichen Anbindung der Häfen (Hinterlandanbindung)
- Verbesserung der Anbindung des Containerterminals in Bremerhaven an die Autobahn A 27 durch den leistungsgerechten Ausbau der Cherbourger Straße
- Schließung des Autobahnringes um Bremen
- Verbesserung der Schieneninfrastruktur, z.B. Bau der Y-Trasse

Neben den Hinterlandanbindungen auf der Straße und Schiene muss der **Ausbau der Wasserstraßen** erfolgen. Hier hat der Bund eine besondere Verantwortung für den Standort Bremen. Die CDU fordert daher den zügigen Ausbau der Binnenschiffahrtstraße Mittelweser mit der Sanierung und dem Ausbau der Schleusen Dörverden auf mindestens 140 m und der Schleuse Minden auf 210 m bis zum Jahr 2010. Ebenso müssen die Außen- und Unterweser bis zum Jahr 2005 vertieft werden.

Ebenfalls voranzutreiben ist die **Sanierung der Schleusen in Bremerhaven**, die Optimierung der Hafенflächen, insbesondere im Zusammenhang mit den Autoumschlagsflächen im Osthafen Bremerhavens und der Einbeziehung von Flächen im Carl-Schurz-Gelände, die Aufwertung der Hafенflächen im Industriehafen in Bremen, sowie des Neustädter Hafens. Für den Neustädter Hafen streben wir an, öffentliche Liegeplätze auszuschreiben, um die Umschlagskraft in Bremen zu stärken. Im Holz- und Fabrikenhafen Bremen sind den Unternehmen baurechtliche Bestandsgarantien einzuräumen und so weit wie möglich Erweiterungsflächen bereitzustellen.

Neben der Verbesserung der Hafенinfrastruktur und der Hinterlandanbindung muss die Erhöhung der Umschlagquote, des lokalen Ladungsaufkommens (LOCO-Quote) und der Wertschöpfung an den Standorten Bremen und Bremerhaven ein besonderes Augenmerk erhalten. Ansätze hierfür sind die **Stärkung des Landes Bremen als Logistikkompetenzzentrum** sowie die Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft zur Umsetzung anspruchsvoller Logistikkonzepte.

Die Beteiligung Bremens am Projekt **Tiefwasserhafen Wilhelmshaven** sichert die Zukunft der Hafenwirtschaft, bietet weitere Umschlagskapazitäten und neue Infrastruktur für das Umland. Mit der Beteiligung an der Gesellschaft, die den Hafen realisieren wird, sichern wir Bremens Einfluss auf und die Interessen in den Hafenstandort Norddeutschland/Nordsee gegenüber anderen deutschen und vor allem europäischen Regionen.

Hafenpolitik wird von der CDU auch in Zukunft betrieben, um bremische Interessen – auch auf Bundesebene und in der EU - zu sichern und wahrzunehmen, wie z.B. bei den Themen Port Package, Tonnagesteuer und Ausbildung des maritimen Nachwuchses.

Wir werden in einem **Hafenstrukturkonzept** für das Land Bremen bis zum Jahr 2015 diese verschiedenen Aufgaben und Maßnahmen gebündelt darstellen und Entwicklungsmöglichkeiten der Häfen aufzeigen.

Der **Flughafen in Bremen** ist ein bedeutender Standortfaktor für die Wirtschaftsregion. Die Verbesserung und Absicherung der Wettbewerbssituation ist dabei entscheidend, um der ständig veränderten Wettbewerbssituation gerecht zu werden. Die Akquisition zusätzlicher, kostengünstiger Fluganbieter spielt dabei vor allem im Bezug auf die Tourismusbranche wie aber auch auf den Dienstleistungssektor eine wichtige Rolle. In einer Flughafenkonzeption werden wir darstellen, wie bis zum Jahre 2015 das Flughafenumfeld in seiner Struktur verbessert und neu geordnet werden kann. Die Konzeption wird ebenfalls eine Optimierung der verkehrlichen Anbindung und Maßnahmen zur Vermeidung unnötigen Fluglärms darstellen.

Den Sanierungskurs beibehalten

Bremen und Bremerhaven sollen dauerhaft lebens- und liebenswert sein. Dieses Ziel verfolgen wir gerade für die uns nachfolgenden Generationen. Deshalb ist es unser vorrangiges Ziel in der Haushalts- und Finanzpolitik, die Grundlagen der Eigenständigkeit des Zwei-Städte-Staates Bremen in einem zusammenwachsenden Europa zu sichern. Dazu gehört nicht nur die **Überwindung der extremen Haushaltsnotlage**,

sondern auch die **umfassende Sanierung und Modernisierung** unseres Gemeinwesens.

Sparen und gezielt in die Zukunft investieren - das sind die beiden Grundpfeiler unserer Finanzpolitik. Neben allen Zwängen, die uns die Haushaltsnotlage auferlegt, ist die Verantwortung für die Zukunft von entscheidender Bedeutung. Investitionen in die eigenständige Kraft des Zwei-Städte-Staates sichern die Basis für künftige Generationen.

Die Finanzdaten belegen, dass das Land dem **Sanierungsziel** „Überwindung der extremen Haushaltsnotlage“ in den Jahren gemeinsamer Regierungsverantwortung innerhalb der großen Koalition ein gutes Stück näher gekommen ist. Ein Blick auf den bisherigen Sanierungszeitraum zeigt: Die jährlichen Vorgaben des Finanzplanungsrates im Rahmen der Sanierungsaufgaben werden von Bremen weit über die Auflagen hinaus erfüllt.

Wir haben viel erreicht auf unserem Sanierungsweg, aber **wir sind noch lange nicht über den Berg**. Die Rückführung der unter SPD-Herrschaft angehäuften gewaltigen Bremer Staatsschulden muss für viele Jahre unsere wichtigste Aufgabe bleiben, weil nur so eine langfristige Perspektive für Bremen gesichert werden kann. Unsere wachstumsorientierte Sanierungspolitik ist kein Selbstzweck: Es gilt, in absehbarer Zeit den früher entstandenen ökonomischen Wachstumsrückstand Bremens gegenüber dem übrigen Bundesgebiet weiter aufzuholen. Dazu müssen wir eine dauerhaft verbesserte öffentliche Infrastruktur anbieten, die die Investitions- und Produktionsbereitschaft insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen innerhalb der bremischen Grenzen fördert. Nur so können wir die Wettbewerbsfähigkeit Bremens dauerhaft sichern und den notwendigen Strukturwandel beschleunigen.

Wir sind uns bewusst: Dieser Prozess verlangt einen langen Atem. Ökonomische Erfolge stellen sich nicht über Nacht ein. Denn die eigentlichen Wachstumsimpulse von Investitionen folgen nicht aus den Infrastrukturmaßnahmen und –projekten selbst, sondern aus den Impulsen, die sie im privatwirtschaftlichen Sektor bewirken - und das natürlich zeitlich verzögert.

Die **Folgen der rot-grünen Bundespolitik**, die sich in extrem niedrigem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit und wegbrechenden Steuereinnahmen ausdrücken, belasten unseren Sanierungskurs außerordentlich. Die Sanierung kann nur gelingen, wenn die Bundesregierung die durch ihre Steuerreform verursachten Mindereinnahmen ausgleicht. Dies hat Bundeskanzler Gerhard Schröder für die Bundesregierung dem Land Bremen schriftlich zugesagt. Die Zusage umfasst ausdrücklich, das erneute Abgleiten Bremens in eine Haushaltsnotlage zu verhindern. Die CDU wird diese Zusage ohne Wenn und Aber einfordern.

Ein Bundesland ist im Übrigen nur begrenzt in der Lage, seine Einnahmen selbst zu bestimmen. Die Landeseinnahmen sind von äußeren Rahmenbedingungen abhängig. Hierzu zählen Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen, Änderungen der Bundesgesetze und gesamtwirtschaftliche Kriterien wie das bundesweite Wachstum. Um Bremen und Bremerhaven weiter finanziell zu stärken, streben wir die Änderungen des Abgabeortes der Lohn- und Einkommenssteuer an, die wieder am Standort des Arbeitsplatzes erhoben werden soll. Die von der rot-grünen Bundesregierung zu verantwortenden Rahmenbedingungen sind denkbar schlecht. Deshalb bedarf die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Berlin einer deutlichen Kurskorrektur.

Eine effektive finanzpolitische Steuerung kann die Freie Hansestadt Bremen hingegen auf der Ausgabenseite leisten. Hier waren wir in den vergangenen beiden Legislaturperioden vorbildlich. Diesen erfolgreichen Kurs wollen wir fortsetzen. Hierzu gehört aber auch, dass wir wegen der begrenzten Einflussmöglichkeiten auf der Einnahmenseite den zeitlichen Vollzug dieses Programms von der aktuellen Haushaltslage abhängig machen müssen.

Die Sanierung unseres Zwei-Städte-Staates setzt vor allem die **Sanierung von Bremerhaven** voraus. Die Ausgangslage der Seestadt ist besonders kritisch: Zentrale Fragen sind die angespannte Arbeitsmarktsituation und die Einwohnerzahlen. Zwar ist die Zahl der Einwohnerverluste auch in Bremerhaven derzeit rückläufig, dennoch bleibt Bremerhaven im gesamtbremischen Vergleich zurück. Die Sanierung des Stadtstaaten-Haushaltes wird nur gelingen, wenn wir mit Bremerhaven diese Fragen in gemeinsamer Verantwortung lösen. Ein sinnvoller Ansatz ist es, den kom-

munalen Finanzausgleich bedarfsgerecht neu zu ordnen, um eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zu sichern.

Aber auch für **Bremerhaven** gilt: **Investitionen schaffen Wirtschaftskraft**; Wirtschaftskraft wirkt auf den Arbeitsmarkt und steigert mittelbar die Attraktivität für zuziehende Einwohner. Deshalb setzen wir auf die Steuerungsmöglichkeiten, die uns zum Beispiel die Investitionsprogramme ISP und AIP bieten. Die Sanierung der Bremerhavener Innenstadt, des Alten/Neuen Hafens, die Sporthafenschleuse und das Schaufenster Fischereihafen sind nur einige Beispiele für erfolgreiche Investitionen in der Seestadt Bremerhaven. Eine Erhöhung der Effektivität ist bei einer Bündelung der Programme für Bremerhaven in einem eigenen Strukturförderprogramm möglich.

Wir wollen die **Sanierung von öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Kindergärten** voranbringen. Unsere Kinder brauchen funktionstüchtige Schulen und kindgerechte Kindergärten. Gleichzeitig steigern Sanierungsmaßnahmen den Wert der Gebäude. Unser Konzept sieht vor, das Kapital zu nutzen, das in öffentlichen Gebäuden steckt. Ein Finanzierungsinstrument ist die Veräußerung oder Vermietung von nicht mehr benötigten öffentlichen Gebäuden. Hierdurch werden neue Ressourcen geschaffen, die effektiv in die Substanz der benötigten öffentlichen Gebäude investiert werden können.

LEBEN IN BREMEN UND BREMERHAVEN

Familien in den Mittelpunkt stellen

Ohne Kinder können wir die Zukunft unseres Landes nicht positiv gestalten. Überall wird das kinder- und familienunfreundliche Klima beklagt. Wir werden eine grundlegende **Umorientierung in allen Politikbereichen** vornehmen, indem wir aus der isolierten Frauenförderung eine Familienförderung machen. In diesem Sinne ist die Familie eine Verantwortungsgemeinschaft **von Eltern für Kinder und Kinder für Eltern**. Unser Bild einer Familie umfasst dabei ebenso alleinerziehende Mütter und Väter.

Das gesellschaftliche Klima hat sich verändert und manche Zielstellungen sind überholt, dafür haben sich neue Aufgaben ergeben. Ab sofort wird bei allen politischen und behördlichen Entscheidungen zu prüfen sein, wie sich diese Entscheidung auf Familien und Kinder auswirkt. Stellt sich bei der Prüfung der **Familienverträglichkeit** heraus, dass Familien benachteiligt werden, wird die Entscheidung unter familienpolitischen Gesichtspunkten neu erarbeitet. Denn Entscheidungen von Politik und Verwaltung sollen sich positiv auf Familien und Kinder auswirken – gleich in welchen Bereichen, ob nun bei der Bau-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik oder in anderen Politikfeldern. Es geht dabei nicht in erster Linie um Geld und finanzielle Förderungen, sondern um die Schaffung eines Klimas, in dem jedem Handelnden klar sein muss, welche Auswirkungen eine zu treffende Entscheidung auf Familien und Kinder haben wird. Wir setzen damit neue Prioritäten, die letztlich Frauen und Männern zugute kommen, weil sie viele Themen wie die **bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, Kinderbetreuung, Wohn- und Lebensverhältnisse, Bildung und Ausbildung einschließen. Die seit Jahren anhaltende faktische Benachteiligung von Familien mit Kindern lässt sich in weiten Teilen nur auf Bundesebene abschaffen, wie im Rentensystem, bei der Gestaltung der Abgabenlast oder den Sozialversicherungsbeiträgen. Allerdings ist das kein Grund für uns, die Hände in den Schoß zu legen und auf Berlin zu warten.

Eltern sollen frei entscheiden, ob sie ihre Kinder selbst erziehen oder die Hilfe von Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen wollen. Auch mit kleinen Schritten können wir die Situation von Familien in Bremen und Bremerhaven so verbessern, dass wir ihre Rolle und Bedeutung für unsere Gesellschaft in dem Maße würdigen, das den Familien als Basis unserer Gesellschaft zukommt. Mit den folgenden Maßnahmen wollen wir einerseits eine **tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf** erreichen und berufstätige Mütter und Väter entlasten, die heute nur schwierig die Kinderbetreuung, die Familie und die Berufstätigkeit koordinieren können. Andererseits stehen im **Mittelpunkt der Angebote natürlich die Kinder**, die altersgerecht betreut und gefördert werden sollen. Diese Maßnahmen können den **Beziehungs- und Erziehungsmittelpunkt Familie** nicht ersetzen, vielmehr sollen sie dazu beitragen, dass unser Land kinderfreundlicher wird:

- Die **Betreuungszeiten und –angebote** in den Kindertagesheimen werden bedarfsgerecht verstärkt an die Lebens- und Arbeitswirklichkeit der Eltern angepasst, um die Verbindung der Familienarbeit mit der Erwerbsarbeit besser zu ermöglichen. Dabei muss eine angemessene Gebührenbeteiligung der Eltern, die sich an dem tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsangebot misst, unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Möglichkeiten erfolgen.
- Wir wollen das **letzte Jahr in den Kindertagesstätten beitragsfrei** anbieten. Wir sind überzeugt, dass eine quantitative Angebotsausweitung über den reinen Anspruch auf einen Betreuungsplatz hinaus notwendig ist. Dabei muss die qualitative Entwicklung der Angebote im Vorschulbereich dem erweiterten Bildungsauftrag dieser Einrichtungen angepasst werden. Wir wollen daher Frühförderprogramme fortführen und etablieren.
- **Stadtteilübergreifende Nachmittagsgruppen** und **flexiblere Öffnungszeiten** der Betreuungseinrichtungen insbesondere in den Ferienzeiten können einen konkreten Beitrag zu der praktischen Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit leisten.
- Die **Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren** werden weiter nach Bedarf ausgebaut und flexibilisiert, um eine tatsächliche Wahlfreiheit für Mütter und Väter zwischen Elternzeit und Berufstätigkeit zu ermöglichen.
- In Zusammenarbeit mit Unternehmen in Bremen und Bremerhaven wollen wir die Einrichtungen von **Betriebskindergärten** unterstützend begleiten.

- Weil **Qualifizierungsangebote für Berufstätige mit Kindern** und weitere Hilfestellungen während der Elternzeit den Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit erleichtern, wollen wir uns hierfür besonders engagieren.
- Wir werden eine **Initiative für mehr Familienfreundlichkeit** in Unternehmen und Behörden Bremens und Bremerhavens anstoßen, mit der z.B. die Einführung familienfreundlicher Haustarifverträge oder Betriebsvereinbarungen unterstützt wird.
- Wir wollen gezielt im öffentlichen Dienst die Möglichkeiten für beide - Mütter bzw. Väter - stärken, die Elternzeit in Anspruch zu nehmen und auch bei den in unserem Lande ansässigen Unternehmen für diese Möglichkeiten werben.
- Angebote zu **flexiblen Arbeitszeiten, Job-Sharing und Gleitzeit** kommen insbesondere Familien zugute, weil sie Räume schaffen, die Eltern und Kindern mehr gemeinsame Zeit zur Verfügung stellen. Die CDU setzt sich deshalb für eine Ausweitung dieser Modelle ein.
- Wir wollen eine „**Familienkarte**“ für Bremen entwickeln, mit der - in Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen, Kultureinrichtungen und den beiden Städten - Familien spezielle Angebote nutzen können.
- Wie wollen die Erstellung eines „**Familienkompasses**“, in dem in Zukunft alle in Bremen und Bremerhaven speziell für Eltern und Kinder vorhandenen Angebote gesammelt dargestellt werden.
- Wir können uns ebenfalls die Einführung eines „**Familientages**“ vorstellen, an dem gezielt Familien im Mittelpunkt verschiedener privater und öffentlicher Initiativen stehen. An diesem Großereignis könnten den Familien aus Bremen und Bremerhaven Möglichkeiten zu Unterhaltung, Information und Spiel geboten werden.

Unsere Familienpolitik umfasst auch die Interessen und Bedürfnisse von **Kindern und Jugendlichen**. Jugendpolitik ist für die CDU eine **Querschnittsaufgabe**. Die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen müssen in verschiedenen Politikbereichen gewahrt und entwickelt werden. Wir schaffen mit unserer Politik einen Rahmen, in dem gerade Jugendliche selbstständig und eigenverantwortlich handeln können, in dem Jugendliche aber auch Verantwortung, Rechte und Pflichten wahrnehmen sollen.

Jugendliche interessieren sich für gesellschaftliche Entwicklungen und wollen Entscheidungen mit beeinflussen können. Wir wollen das Projekt „**Jugend im Parlament**“ weiterentwickeln. In Zukunft soll ein durch die Jugendlichen gewähltes Jugendparlament die Arbeit fortsetzen. Darüber hinaus möchten wir, dass die Jugendlichen die bestehenden **Anhörungs- und Vortragsrechte** in Ausschüssen, Deputationen und gegenüber den Beiräten in einem stärkeren Maße wahrnehmen können. Wir unterstützen insbesondere das ehrenamtliche Engagement junger Menschen. Jugendliche sollen sich mit Freude in Vereinen und Verbänden engagieren, darum werden wir auch hier bei den notwendigen bürokratischen Vorgängen für Vereinfachungen und Beschleunigungen sorgen, um diese Begeisterung zu erhalten.

Jugendarbeitslosigkeit muss an den Wurzeln bekämpft werden. Wenn Jugendlichen der Übergang von der Ausbildung zum Erwerbsleben nicht sofort gelingt, liegt dies oft an mangelhafter Schul-, Aus- und Weiterbildung. Hier setzen wir mit unserer Bildungspolitik an, die Jugendliche durch einen fundierten und abgeschlossenen Bildungsweg effektiv auf das Berufsleben vorbereiten soll.

Kinder und Jugendliche sind vielfältigen Einflüssen ausgesetzt. Wir werden mit unserer Politik dafür sorgen, dass sie sowohl in der Familie als auch in der Schule **Geborgenheit und Sicherheit** erfahren. Kinder und Jugendliche sollen sich zu eigenständigen Persönlichkeiten entwickeln können, die auf zweifelhafte Einflüsse z.B. aus den Medien richtig reagieren können. Hier wollen wir die Eltern in der **Erziehungsleistung** und da, wo es notwendig und gewollt ist, auch bei der Entwicklung von **Erziehungskompetenzen** unterstützen. Gleichzeitig wird die CDU die Förderung der **Medienkompetenz** von Kindern, Lehrern und Erziehern voranbringen.

Behinderte in unsere Gesellschaft einbinden

Körperlich, geistig und/oder seelisch **behinderte Menschen** bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Sie dürfen nicht ausgegrenzt werden, sondern sollen mitten in der Gesellschaft leben und in ihrer Selbständigkeit gestärkt werden. Als Teil unserer Gesellschaft haben Behinderte und ihre Familien Anspruch auf Solidarität und Unterstützung.

Der **Abbau der Arbeitslosigkeit behinderter Menschen** ist ein wichtiges Ziel unserer Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Arbeitssuchende Behinderte müssen verstärkt bei der Arbeitssuche und auch während der Berufstätigkeit unterstützt werden. Unterstützung müssen auch die Firmen erfahren, die behindertengerechte Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Insbesondere gilt es, Verwaltungsabläufe so unkompliziert wie möglich zu gestalten und Zuständigkeiten zu konzentrieren.

Den individuellen Bedürfnissen älterer Behinderter muss verstärkt Rechnung getragen werden z.B. durch den **Bau von altersgerechten Wohnanlagen**. Wir fordern die schrittweise und kontinuierliche Umsetzung des **Gleichstellungsgesetzes** sowie die Weiterentwicklung der **barrierefreien Stadt**.

Um die schrittweise und kontinuierliche Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes zu gewährleisten, setzen wir uns dafür ein, dass die Bremische Bürgerschaft einen ihrer Abgeordneten als Ansprechpartner für die Verbände und als Koordinator gegenüber der Verwaltung einsetzt.

Gesundheitswesen modernisieren

Wir wollen ein **Gesundheitswesen**, das dem medizinischen Fortschritt verpflichtet bleibt und das allen Versicherten unabhängig von deren Einkommen, Alter, Art der Krankheit oder Familienstand zugute kommt. Unsere Gesundheitspolitik stellt den **Patienten in den Mittelpunkt**. Die im heutigen Gesundheitswesen vorhandenen bürokratischen Strukturen müssen verringert werden, damit der Patient sicher und verantwortungsvoll die Leistungen unseres Gesundheitswesens nutzen kann.

Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland verfügt über eine international anerkannte erstklassige medizinische Versorgung. Dennoch besteht die Notwendigkeit einer baldigen **strukturellen Reform**. Medizinischer Fortschritt und demographische Entwicklung stellen die Politik vor große Herausforderungen. Gerade die Kleinräumlichkeit Bremens eröffnet die Chance, neue Modelle effizienter Gesundheitspolitik zu erproben – „Modellregion Bremen!“.

Die gesundheitspolitische Bilanz der jetzigen rot-grünen Bundesregierung ist katastrophal. Noch nie wurden so viele negative Ergebnisse in der Gesundheitspolitik erreicht. Die Rot-Grüne Bundesregierung lenkt jede Veränderung im Gesundheitswesen in die staatliche Steuerung, das bedeutet für den Patienten eine Zuteilung und Rationierung von Leistungen zu immer höheren Krankenkassenbeiträgen. Vorschaltgesetze und Eilgesetze heilen das deutsche Gesundheitswesen nicht.

Die **Gesundheitswirtschaft** bietet für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen oder private Anbieter von Dienstleistungen im Gesundheitsbereich vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten. Die CDU fördert die verstärkte Erschließung dieses Marktes, um Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern und neue zukunftssichere Beschäftigungszweige in Bremen und Bremerhaven anzusiedeln.

Wir werden die **Krankenhäuser modernisieren** sowie deren Weiterentwicklung zu modernen Dienstleistungszentren der Gesundheitswirtschaft unterstützen und dafür entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Wir unterstützen eine sinnvolle Vernetzung bestimmter Krankenhauskapazitäten und ambulanter fachärztlicher Versorgung. So können Untersuchungen und Behandlungen mit hohem technischem Aufwand und großem Investitionsbedarf in Krankenhäusern und bei privaten Einrichtungen zu gleichen Bedingungen durchgeführt werden. Wir werden Kooperationen zwischen den bisher getrennten Versorgungsebenen fördern mit dem Ziel, die Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei gleicher oder verbesserter Qualität zu erreichen. Wir setzen uns ein für eine **freie Arzt- und Krankenhauswahl**, mit der Erhaltung der wohnortnahen Versorgung durch Facharztpraxen, um eine individuelle Versorgung der Patienten sicherzustellen. Wir setzen uns für die Einführung einer **digitalen Patientenkarte** ein, um dadurch z. B. Doppelbefundungen zu reduzieren und so Kosten zu senken.

Weil die Bundesregierung ein neues Abrechnungssystem eingeführt hat, werden in den Krankenhäusern in nicht unerheblichem Maße Betten wegfallen, da Patienten kürzer in den Krankenhäusern liegen werden. Um die angemessene Nachversorgung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die für die Patienten entsprechenden **stationären und ambulanten Strukturen** geschaffen werden. Die ambulante pflegerische Versorgung wird so ausge-

baut, dass für jeden pflege- und hilfsbedürftigen Menschen eine angemessene individuelle und qualitativ hochwertige Betreuung gewährleistet ist.

Die CDU wird weiter darauf setzen, dass Medizin und Forschung sich noch intensiver als bisher vernetzen, damit der medizinische Fortschritt auf hohem Niveau in Behandlung und Pflege einfließt und den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar dient. Dass sich für dieses Ziel in allen Bereichen staatliche Angebote und privates Know-how ergänzen und verbinden, wird von der CDU gewünscht und durch entsprechende finanzielle Anreize gefördert.

Eine Kombination aus mehr **Freiheit und Mitbestimmung für den Patienten** in der Wahl seiner Versicherungskonditionen, eine verbesserte Vorsorge und Gesundheitsförderung, mehr Transparenz und Wettbewerb, können die Qualität im Gesundheitsbereich weiter verbessern und die Wirtschaftlichkeit sicherstellen. Gesundheitliche Aufklärung und Vorbeugung, die Erkrankungen vermeidet, medizinische Beratung und Behandlung im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich, häusliche Pflege und stationäre Therapie im Krankheitsfall sowie ein gut ausgebautes Netz von Selbsthilfegruppen, sichern einen qualitativ hochwertigen Gesundheitsstandort in Bremen und Bremerhaven, den die CDU erhalten und konzeptionell weiterentwickeln wird.

Mehr Perspektiven für die Zeit nach der Berufstätigkeit schaffen

Die Lebenserwartung in unserem Land hat sich erfreulicherweise erhöht. Fast ein Drittel unseres Lebens verbringen wir heute in höherem Alter. Eine „Generation der Alten“ gibt es nicht mehr; vielmehr sind es mittlerweile **mehrere Generationen von Älteren**, denn Menschen, die mit Ende Fünfzig in den Vorruhestand gehen, haben andere Bedürfnisse als die wesentlich Älteren.

„Junge Senioren“ treiben heute Sport, verreisen, haben Freizeit- und Konsumbedürfnisse, die nicht mehr viel mit dem pauschalen und daher überholten Bild des Rentners zu tun haben. **Verschiedene individuelle Bedürfnisse, Fähigkeiten und Ansprüche jeder dieser Generationen** sind beachtenswert. Vielfältige Erfahrungen und umfangreiches Wissen schlummern gerade in diesen Generationen - sie wollen

gefordert und genutzt werden. Diese ökonomischen, kulturellen und sozialen Potenziale haben wir erkannt und wollen sie für die Entwicklung Bremens und Bremerhavens produktiv einsetzen. Wir werden den Schritt dieser engagierten Menschen **von der Erwerbsarbeit zur Freiwilligenarbeit** begleiten, um die Lebensqualität dieser Altersgruppen entsprechend ihrer persönlichen Bedürfnisse und Vorstellungen zu schaffen und zu erhalten. Institutionen wie die **Freiwilligenagentur** in Bremen kommen dabei besondere Bedeutung zu. Sie können das eigene Interessen- und Aktivitätsspektrum erweitern und gleichzeitig die Kontakte zwischen den Generationen verbessern. Bildung, Kultur, Hobby, Medien, Sport und Konsum gehören zur Lebensplanung nach dem Erwerbsleben. In der Politik sehen wir daher unsere Aufgabe in der Förderung dieser Potenziale und wollen diese Lebensziele berücksichtigen. Wir werden daher der **Freiwilligenarbeit dieser Generationen** durch verstärkte Einbeziehung in die politischen Weichenstellungen Rechnung tragen. An Schulen, Hochschulen, in Freizeiteinrichtungen und in Sportvereinen ist viel Platz, um Erfahrungen, Wissen, Zeit und Energie dieser Generationen nutzbringend für alle einzusetzen. Wir werden generationsübergreifendes Engagement in Schulen fördern. Seniorinnen und Senioren und leistungsbereite Menschen, die bereits früh in den Ruhestand eingetreten sind, können Kindern und Jugendlichen als Ansprechpartner und Ratgeber zur Verfügung stehen, außerschulische Veranstaltungen begleiten und initiieren, eigenes Wissen und eigene Erfahrungen weitergeben und gleichzeitig selbst neue Herausforderungen angehen. Wir werden hier als CDU vermitteln, anregen und anstoßen, sind aber auch auf ihre Bereitschaft und ihr Engagement angewiesen, um das Bewusstsein für diese Entwicklung in alle gesellschaftlichen Bereiche zu tragen.

Um in Bremen und Bremerhaven die Wünsche von Senioren zu berücksichtigen, werden wir zu Beginn der Legislaturperiode ein **Seniorenparlament** einrichten.

Besonders im Wohnungsbau werden wir diesen veränderten Bedürfnissen der älteren Generationen Rechnung tragen. **Neue Wohnformen**, die betreutes Wohnen, Netzwerke, Kontakte und gemeinsames Erleben zwischen den Generationen befördern, werden mit uns besondere Aufmerksamkeit finden.

Nicht vergessen können wir aber auch die Anforderungen, die die gestiegenen Lebenserwartungen an **Gesundheitsfürsorge und Pflege** stellen. Im Jahr 2020 werden 1 Million Menschen in Deutschland mindestens 90 Jahre alt sein. Die Zahl der Demenzkranken und von Alzheimer Betroffenen wird steigen. Darauf haben wir uns auch in Bremen und Bremerhaven einzustellen, indem die Ausbildung gerade im Pflegebereich, die **Gestaltung von Pflege- und Betreuungseinrichtungen** und die Vorbereitung des bremischen Gesundheitswesens auf diese Anforderungen vorangetrieben wird. Für uns steht dabei im Vordergrund, dass zunächst die Familie den notwendigen sozialen Rückhalt birgt und gleichzeitig in unserem Zwei-Städte-Staat attraktive Einrichtungen und Wohnformen entstehen, die, so lange es geht, ein **selbständiges und unabhängiges Leben** ermöglichen.

Städte innovativ und modern entwickeln

Wir können endlich wieder einen Einwohnerzuwachs in Bremen verzeichnen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und für Bremerhaven weiterentwickeln, indem wir unsere **Wohnungspolitik** weiterhin und noch mehr an die Bedürfnisse der Menschen anpassen. Zu der Lebensqualität und der veränderten Lebensplanung der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven gehört auch, die Bedingungen für **neues und zeitgemäßes Wohnen** zu schaffen.

Bremerhaven hat mit seiner wunderschönen Lage am Meer das Potenzial, das wir für ein positives Lebensgefühl noch mehr ausschöpfen wollen. Auch die Stadt Bremen am Fluss zeichnet sich neben ihrem maritimen Flair durch die hohe Lebensqualität aus. Grundsätzlich streben wir weitere Ausweisungen von Wohnflächen in allen Stadtteilen an. Insbesondere werden wir aber das „**Wohnen am Wasser**“ verstärken, indem wir unter Berücksichtigung des Bestandschutzes für die örtlich ansässigen Betriebe attraktive Wohnungen beispielsweise im citynahen Bereich der alten Hafenviertel und auf dem Stadtwerder realisieren.

Wir wollen dem Anspruch an **Qualität** und an **Bezahlbarkeit** Rechnung tragen: Wir werden ein Umfeld dafür schaffen, dass auch junge Leute in Bremen bleiben wollen und nach Bremen kommen. **Qualitativ hochwertige Wohnungen** lassen sich insbesondere durch den Ausbau und die Nutzung von leer stehenden alten Industriebauten realisieren. Die so hergestellten „Lofts“ sind Zeichen einer modernen Gesellschaft mit flexiblen Lebensformen und bieten beim Umbau die Chance, **ökologisch zu bauen**. Mit einem solchen „Modellprojekt für eine lebendige Großstadt“ werden wir Bremen zum Vorreiter für moderne Lebensformen machen. Wir werden Wohngebiete für Familien und „junge Senioren“ mit **bezahlbaren Wohnungen** schaffen, denn auch sie sind an stadtnahem Wohnen mit zusätzlichen, in den Siedlungsbau integrierten Serviceleistungen interessiert.

Die CDU will Wohnen und Arbeiten stärker verknüpfen und dies in der Aufstellung eines neuen **Flächennutzungsplans** in Bremen festlegen. Neben der Aufwertung der Nebenzentren werden weitere Flächen für Einfamilienhausbau ausgewiesen. Das Programm „**Bauen in Bremen**“ werden wir fortsetzen. Wir treten für die Real-

sierung von Borgfeld-West, Osterholzer Feldmark und Brokhuchting sowie der zügigen Sanierung von Osterholz-Tenever ein. In Bremerhaven wollen wir die Sanierung der Stadtteile Lehe, Leherheide und Grünhöfe in Angriff nehmen.

Die **Sanierung der Innenstädte Bremens und Bremerhavens** ist vorangeschritten. Sögestraße, Obernstraße und der Marktplatz in Bremen sind bereits fertig, ebenso wie die neu gestaltete „Bürger“ in Bremerhaven. Der Schlüsselkorb wird in Bremen folgen. Das Rathaus erstrahlt in neuem Glanz. Aber Innenstädte leben nicht nur von neuem Straßenpflaster, schönen Geschäften und Gastronomie, sondern auch von **Kleinkunst, Treffpunkten und Entspannungsmöglichkeiten**: Bänke und Treppen, auf denen man das bunte Treiben in der Innenstadt verfolgen, wo man sich verabreden und treffen kann und wo Kleinkünstler und Straßenmusiker Platz für ihre Darbietungen finden. Hier wollen wir mehr als bisher entwickeln und Raum schaffen. Eingeschlossen werden Weserpromenade und Stadtteilzentren. Nicht vergessen werden wir dabei das entsprechende Maß an Sauberkeit und Pflege dieser Treffpunkte, um deren dauernde Nutzbarkeit zu gewährleisten. Wir sprechen uns ferner für die Entwicklung eines Beleuchtungskonzeptes für die Bremer Innenstadt aus, welches insbesondere die Brücken in Innenstadtlage einbeziehen soll.

Eine funktionierende **Verkehrsinfrastruktur** ist ebenfalls eine Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und den angestrebten Einwohnerzuwachs. Wir wollen hier die überregionale Anbindung von Bremen und Bremerhaven weiter entwickeln und das örtliche Verkehrs- und Straßennetz optimieren.

Wir streben in erster Linie folgende konkrete Projekte im Rahmen unserer modernen **Verkehrspolitik** an:

- Vollendung der A281
- achtstreifiger Ausbau der A1 im Bereich Bremen
- sechsstreifiger Ausbau der A1 von Hamburg bis zum Ruhrgebiet
- Ausbau der B 74 von Blumenthal bis Farge
- Verkehr in beide Richtungen in der Konrad-Adenauer-Allee
- vierspuriger Ausbau der Schwachhauser Heerstraße bis zur Bismarckstraße
- vierspurige Brücke über den Utbremer Kreisel

- Verbindung der alten Hafendreiecke mit der Bremer Innenstadt
- grüne Welle auf allen Hauptverkehrsstraßen

Im Rahmen der Realisierung des **Verkehrskonzepts Bremer Kreuz** sind für uns die Verlängerung der Julius-Fauchert-Straße sowie der Ausbau der Osterholzer Heerstraße von oberster Priorität. Wir streben außerdem die weitere, flächendeckende Einführung des **grünen Pfeils**, die Reduzierung des „**Schilderwaldes**“ und die Ausdehnung der **Anwohnerparkflächen** in citynahen Stadtteilen an. Ein Ziel unserer Verkehrspolitik ist das Vermeiden von unnötigen Verkehren in Wohnquartieren, um die Wohn- und Lebensqualität zu erhöhen.

Auch den **Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV)** wollen wir stärken durch Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8 nach Huchting und Stuhr bzw. der Linie 1 von Tenever über Weserpark bis zum Bahnhof Mahndorf, den Verkehr von Vegesack bis zum Hauptbahnhof in einem 15-Minutentakt, die Wiederaufnahme des Schienenpersonennahverkehrs von Vegesack bis Farge und durch die Schaffung von zusätzlichen Park-and-ride-Parkplätzen. Ein Ziel ist auch der Ausbau der Regionalstadtbahn Nordenham–Rotenburg und der häufiger frequentierten Regionalbahn Bremerhaven-Bremen. Wir werden unsere **Radwegnetze** weiterentwickeln und optimieren.

Umweltschutz als Zukunftsaufgabe begreifen

Für die CDU war **Umweltschutz** schon immer eine Gestaltungs- und keine Verhinderungsaufgabe. Eine saubere und intakte Umwelt trägt erheblich zur Steigerung der Lebensqualität von Einwohnern und Besuchern bei. Wir machen Umweltschutz nicht gegen, sondern mit den Bürgern und unterstützen mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Unser Leitbild ist eine nachhaltige Entwicklung, die den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit der Erhaltung von Natur und Umwelt in Einklang bringt. Umweltschutz ist nach unserer Ansicht am besten in einer **Umweltpartnerschaft** unter Einbeziehung der Kammern und Verbände der bremischen Wirtschaft sowie Betriebe, die ein anerkanntes Umweltmanagementverfahren durchführen, zu gewährleisten. Wir wollen nicht reglementieren und vorschreiben, sondern in einem partnerschaftlichen Klima mit der Wirtschaft umweltschützende und umwelterhaltende Maßnahmen erreichen.

Die CDU wird auch weiterhin die Betreuung der Naturschutzgebiete sicherstellen. Vor der Ausweisung neuer Schutzgebiete steht für uns allerdings die Pflege bzw. die qualitative Aufwertung der bereits bestehenden Flächen.

Damit Schüler nicht den Kontakt zur Natur verlieren, soll dieser Entwicklung mit gezielten schulischen und außerschulischen Angeboten, die Natur zu einem Erlebnis machen, entgegengewirkt werden.

Die CDU wird im Bereich des **Gewässerschutzes** Maßnahmen und Instrumente, die die Gewässer weniger belasten, forcieren.

Umweltpolitik ist auch Energiepolitik. Auf der einen Seite leisten **Windkraftanlagen** einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, auf der anderen Seite hat sich die Windenergiebranche zu einem wichtigen **Wirtschaftsfaktor** im Land Bremen entwickelt. Sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven haben sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Projektentwickler und Anlagenbauer angesiedelt, die zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen haben.

Die **Zukunft der Windenergie** liegt auf hoher See („Offshore“). Auf dem Meer ist durch höhere Windgeschwindigkeiten sowie durch größere Anlagen ein höherer Energiegewinn möglich. Diese Bedingungen bieten insbesondere für die Seestadt Bremerhaven große Chancen. Die Lage am Wasser, die sehr gute Infrastruktur, die guten Außenhandelsbeziehungen, aber auch das vorhandene wissenschaftliche Know-how machen Bremerhaven zu einem idealen **Kompetenzzentrum für Offshore-Windenergie**. Auch die sich bietenden Exportchancen im Bereich der Windenergie lassen sich am besten vom Standort Bremerhaven aus nutzen. Diese Standortvorteile müssen in den nächsten Jahren gefestigt und ausgebaut werden, z. B. durch ein Angebot zur Ausbildung und Qualifizierung von Fachleuten in diesem Bereich.

Neben der Förderung von Offshore-Windparks wird sich die CDU auch in Zukunft für die Realisierung von **Windkraftanlagen an Land** insbesondere durch die intensivere Nutzung bislang genutzter Flächen stark machen (Repowering).

Wir werden uns dafür einsetzen, auch andere erneuerbare Energieträger – insbesondere die **Solarenergie** - auszubauen. Mit einer „**Bremer Solaroffensive**“ werden

wir zeigen, dass auch wir in Norddeutschland die Sonnenenergie erfolgreich nutzen können. Im Rahmen eines solchen Aktionsprogramms sollen zunächst Modellprojekte an Gebäuden des Landes (z. B. Schulen, Verwaltung) realisiert werden. Diese Vorhaben sollen Vorbild sein und die Akzeptanz für diese innovative Art der Energiegewinnung in der Bevölkerung erhöhen.

Im Land Bremen gibt es bereits jetzt zahlreiche Unternehmen, die im Bereich der **Solarenergie** tätig sind. Dieses vorhandene Potenzial wollen wir nutzen. Die Solarwirtschaft kann – ähnlich wie der Windenergiesektor – zukunftsfähige Arbeitsplätze im Land Bremen schaffen. Auch in der Solarenergie setzen wir uns dafür ein, den Bereich von Forschung und Entwicklung sowie die **Zusammenarbeit** zwischen den hier ansässigen Unternehmen und den Hochschulen im Land stärker zu fördern.

Auch im Rahmen der **Abfallentsorgung** müssen Reformen durchgesetzt werden, um die einzelnen Stadtteile lebenswert und sauber zu erhalten. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die **Gelben Säcke** reißfester gestaltet werden. Wir sprechen uns für die Beibehaltung der Papiersammelcontainer aus und wollen die Blaue Tonne auf freiwilliger Basis einführen. Im Mittelpunkt steht die **Gebührenstabilität**. Wir werden 26 Abfahren im Jahr ermöglichen. Das Wohlbefinden unserer Bürgerinnen und Bürger wird insbesondere durch liegen gelassene Zigarettenkippen, Kaugummipapier, Taschentücher etc. beeinträchtigt. Solche Verhaltensweisen wollen wir nicht länger akzeptieren. Speziell dafür eingesetzte Teams sollen deshalb in Zukunft insbesondere in der Innenstadt „Müllsünder auf frischer Tat ertappen“. Eine begleitende Werbekampagne soll auf diese Aktion aufmerksam machen. Außerdem muss stadtbremische Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung dem geltenden Bremerhavener Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung abgepasst werden.

Auch im Bereich der Energieeinsparung und Müllvermeidung wollen wir Akzente setzen. Wir befürworten eine **konsequente Mülltrennung in öffentlichen Gebäuden**. Durch eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit sollen Mitarbeiter und Besucher für dieses Thema sensibilisiert werden.

Die **landwirtschaftlich geprägten Gebiete** in Bremen und Bremerhaven sollen ihren Charakter als Wirtschafts- und Erholungsräume behalten. Wir wollen Rahmenbedin-

gungen schaffen, in denen sich alle landwirtschaftlichen Betriebe gut entwickeln können, unabhängig davon, ob sie ökologisch oder konventionell wirtschaften. Beide Betriebsformen müssen auch in der Zukunft ihre Daseinsberechtigung haben.

Wir werden uns dafür einsetzen, nach Möglichkeiten zu suchen, zusätzlich **Naturschutzflächen** in Niedersachsen auszuweisen, damit sowohl den konventionell als auch den ökologisch arbeitenden Betrieben auch in der Zukunft Flächen im Land Bremen zur Verfügung stehen.

Die Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr hat viele Bremer Landwirte in ihrer Existenz bedroht. Wir fordern daher die **Ausbaggerung der Wümme**, damit die Bremer Landwirte in Zukunft vor den Folgen starker Regenfälle effektiver geschützt werden und das Regenwasser besser abfließen kann. Wir setzen uns im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung mit Niedersachsen dafür ein, dass konkrete Maßnahmen gegen mögliche Überschwemmungen ergriffen werden.

Ein sicheres Leben gewährleisten

Zahlreiche Beispiele der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass die Lebensqualität der Bürger nur in einer **sicheren Umgebung** aufrechterhalten bzw. geschaffen werden kann.

Die CDU konnte in den letzten Jahren zahlreiche wichtige Reformen zur Stärkung der Sicherheit durchsetzen und damit das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verbessern.

Wir werden uns weiterhin für eine bessere personelle und technische Ausstattung der **Sicherheits- und Rettungskräfte** einsetzen, diese mit moderner Technik ausrüsten und uns für ein zeitgemäßes Niveau an Kommunikationsmitteln, nämlich die Einführung des Digitalfunks, stark machen.

Weiter verstärkte **Polizeipräsenz** auf den Straßen und damit verbunden die Abschreckung von möglichen Straftätern schafft die Grundlage für ein ausgeprägtes Sicherheitsgefühl der Bürger. Um dies zu intensivieren, treten wir für die weitere Zusammenarbeit zwischen Bundesgrenzschutz und Schutzpolizei in der „Aktion Sicher-

heitspartnerschaft“ sowie für den weiteren erfolgreichen und verstärkten Einsatz von Kontaktbereichsbeamten ein.

Der Kampf gegen die **Alltagskriminalität** bleibt einer unserer Schwerpunkte. Wir werden auch in der Zukunft einer Entkriminalisierung von kleineren Delikten entgegenreten. Wir wollen auch kleine Regelverstöße in einem beschleunigten Strafverfahren ahnden.

Wir wollen die **Polizei von polizeifremden Aufgaben entlasten**, damit sie sich wieder verstärkt auf ihre gesetzlichen Aufgaben konzentrieren kann. Die Ordnungsbehörde wird im Gegenzug gestärkt. Sofern die Polizei Spezialaufgaben in diesem Bereich, wie die Ermittlungsgruppe Graffiti und die Gemeinsame Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit, übernommen hat, wollen wir diese fortführen und ausbauen. Wir unterstützen die Forderung, Graffiti-Schmierereien im Strafgesetzbuch als Sachbeschädigung klarzustellen und werden uns für eine kommunale Regelung und Ahndung mit Ordnungsgeld einsetzen.

Mit uns wird es keine Legalisierung von Fixerstuben und keine staatliche Abgabe illegaler Drogen geben. Eine **verantwortungsvolle Drogenpolitik** ist nur mit Prävention, Hilfe zum Ausstieg für Süchtige und Bekämpfung der Drogenkriminalität mit allen rechtsstaatlichen Mitteln erfolgreich.

Neben verstärkter Prävention und stärkerer Zusammenarbeit von Polizei, Eltern und Schulen, setzen wir uns weiterhin für eine noch wirksamere Bekämpfung der **Jugendkriminalität** - insbesondere die von **jugendlichen Intensivtätern** - ein.

Die rot-grüne Bundesregierung sollte endlich ihren Widerstand gegen eine notwendige Verschärfung des Jugendstrafrechts bei besonders schweren Verbrechen aufgeben. Wir werden daher entsprechende Initiativen zur Änderung des Strafrechts im Bundesrat massiv unterstützen.

Die CDU befürwortet, dass Straftaten von Heranwachsenden in der Regel nach allgemeinem Strafrecht zu ahnden sind und die Anwendung von Jugendstrafrecht hingegen die zu begründende Ausnahme darstellt. Wir wollen uns im Jugendhilfegesetz für die Einführung neuer Rechtsfolgen für Kinder und die erziehungsberechtigten Eltern stark machen. Damit wollen wir kriminelle „Karrieren“ verhindern. Junge Men-

schen sollen nicht in kriminelle Strukturen abdriften und sich ihr Leben verbauen. Die vermehrte Auferlegung von **sozialer Pflichtarbeit** als Erziehungsmaßnahme und die Anordnung einer Wiedergutmachung soll die soziale Kompetenz der jugendlichen Mehrfachtäter entwickeln bzw. fördern. Zwischen dem längsten Jugendarrest (vier Wochen) und der kürzesten Jugendstrafe (sechs Monate) wollen wir weitere Maßnahmen des Jugendstrafvollzuges schaffen. Um jugendspezifischer Gewaltkriminalität vorzubeugen, wollen wir die Konzepte gegen „Schulschwänzer“ und „Gewalt an Schulen“ sowie das Projekt „Kunst und Kultur gegen Gewalt“ fortführen.

Gegen **jugendliche Intensivtäter** müssen Konzepte mit **konsequenten Sanktionen** erarbeitet werden. Wir fordern, die Höchststrafe im Jugendstrafrecht für besonders schwere Straftaten wie Mord von 10 auf 15 Jahre heraufzusetzen. Notorische Mehrfachtäter, bei denen die erzieherischen Maßnahmen nicht mehr greifen, müssen als ultima ratio in geschlossenen Heimen untergebracht werden.

Wir treten für einen besseren Schutz vor **gemeingefährlichen Straftätern** ein und unterstützen im Bundesrat die Anordnung von Sicherungsverwahrung für **Sexualstraftäter**, deren weitere Gefährlichkeit sich erst nach der Aburteilung im Vollzug herausstellt. Wir unterstützen die Forderungen, Strafrahmen bei sexuellem Missbrauch von Kindern bzw. Verbreitung von Kinderpornographie heraufzusetzen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Erweiterung der DNA-Analyse und die Bestrebungen, eine bundesweite Gen-Datei einzurichten, die bei der Ermittlung von Straftätern hilft.

Wir wollen den **Opferschutz** weiter intensivieren bzw. erhöhen, insbesondere sollen Kinder innerhalb von Verfahren um Sexualstraftaten nicht über das Notwendige hinaus belastet werden. Die Möglichkeit an den Gerichten, mit denen Vernehmungszimmer und Videoschaltungen in den Gerichtsräumen eingerichtet werden können, muss konsequent genutzt und ausgebaut werden.

Im Zentrum unserer **Ausländerpolitik** steht die Integration rechtmäßig in Bremen lebender Ausländer. Wir dürfen aber nicht außer Acht lassen, dass der Anteil an ausländischen Tatverdächtigen und rechtskräftig Verurteilten unverhältnismäßig hoch ist. Die Statistiken für Bremen in 2001 belegen, dass der Anteil der in Bremen gemelde-

ten Ausländer an der Wohnbevölkerung Bremens bei 11,9 % liegt und dass der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der ermittelten Tatverdächtigen 28,6 % beträgt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass insbesondere die Ermittlung von Schleuserbanden und das Aufdecken von organisierten Rauschgiftnetzen mit voller Kraft vorangetrieben werden.

Wir halten es für erforderlich, dass **Asylverfahren zügig** - nämlich innerhalb eines Jahres - durchgeführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass rechtskräftig abgelehnte **Asylbewerber**, bei denen es keine Abschiebungshindernisse gibt bzw. die ihr Asylrecht durch Begehung von Straftaten missbrauchen, konsequent abgeschoben werden. Asylbegehrende sollen während des Asylverfahrens **primär Sachleistungen** statt Geldleistungen erhalten, um die Förderung der Schlepperkriminalität zu verhindern. Eine Flucht aus wirtschaftlichen Gründen darf nicht gefördert werden. Wir wollen Sozialleistungen einschränken, wenn die Ausreisepflicht aus selbstverschuldeten Gründen nicht erfolgen kann, z.B. wenn der Ausreisepflichtige seinen Pass vernichtet hat.

Wichtige Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung wie die erfolgreiche Rasterfahndung wollen wir zukünftig beibehalten. In Anbetracht der wachsenden Bedrohung durch den Terrorismus und im Interesse einer noch **effektiveren Terrorismusbekämpfung** wollen wir die Zusammenarbeit von Polizei und **Verfassungsschutz** optimieren. Das Landesamt für Verfassungsschutz muss weiter personell und materiell angemessen ausgestattet sein. Wir treten für die Ausweisung ausländischer Extremisten bei konkreten Anhalts- und Verdachtsmomenten für die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ein. Wir wollen im Bremer Polizeigesetz die rechtlichen Grundlagen für eine präventiv- polizeiliche Telekommunikationsüberwachung zur Gefahrenabwehr schaffen. Das Polizeigesetz muss um die Regelung für verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen ergänzt werden.

Wir plädieren für eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung bei plötzlichen Ereignissen wie Terroranschlägen oder Umweltkatastrophen. Der Bund muss seine Verantwortung übernehmen und die Länder in solchen Fällen entlasten. Wir brauchen daher den Auf- und Ausbau eines noch wirkungsvolleren **Zivil- und Katastrophenschutzes**. Zur Frühwarnung der Bevölkerung werden technische Konzepte zu entwickeln sein. Ferner unterstützen wir die haupt- und ehrenamtlichen Helfer der

Feuerwehren und verschiedener Organisationen des Katastrophenschutzes durch Verbesserung ihrer personellen und technischen Ausstattung für ihre lebensrettenden Einsätze.

Im Interesse einer effektiveren **Justiz** wollen wir die **Eigenständigkeit der Bremischen Gerichte** stärken. Den Gerichten in Bremen müssen die Sach- und Personal-kostenbudgets zur eigenen Bewirtschaftung überlassen werden. Die Arbeitsgerichtsbarkeit ist von dem Senator für Arbeit in das Justizressort zu überführen, um eine einheitliche Rechtspflege zu garantieren.

Die kulturelle Vielfalt bewahren

Kunst und Kultur prägen das geistige Klima der Stadt und stehen für Lebendigkeit und Kreativität. Das Land Bremen hat eine **abwechslungsreiche Kulturlandschaft**, die gekennzeichnet ist von Tradition und Innovation. Kultureinrichtungen und –gruppen verschiedenster Größe und Art machen den Reichtum und die Bandbreite der Kultur in Bremen aus. Für uns stehen diese Initiativen nicht in Konkurrenz, sondern leisten jede für sich einen Beitrag für die **kulturelle Vielfalt in Bremen und Bremerhaven**. Sie zu erhalten und weiterzuentwickeln ist in Zeiten knapper Kassen eine große Herausforderung. Diese Herausforderung wird die CDU auch in der nächsten Legislaturperiode im Interesse der Städte Bremen und Bremerhaven weiter offensiv annehmen.

Kunst und Kultur tragen erheblich zu der Attraktivität Bremens und Bremerhavens und zu der Ausstrahlung nach innen und außen bei. Kulturförderung begreifen wir daher als eine Investition in die Zukunft. Kunsthistorisch wertvolle Bauten sorgen ebenso wie die Sammlungen der **Museen** oder die **Theater- und Musikprogramme** in unseren beiden Städten für touristische Anziehungskraft. Eine lebendige Stadtteilkultur führt dazu, dass immer mehr Menschen am kulturellen Leben teilhaben.

Wir bringen die Bewerbung Bremens als **Kulturhauptstadt Europas** im Jahr 2010 auf den Weg. Die Bewerbung ist eine besondere Chance für Bremen, sich mit seinem kulturellen Leben und mit seinen Entwicklungs- und Innovationspotenzialen auf allen gesellschaftlichen Feldern zu präsentieren. Wir werden alle interessierten Kräfte Bremens, Bremerhavens, des niedersächsischen Umlands und unserer Partner-

städte in den Bewerbungsprozess intensiv einbeziehen und an der Gestaltung des Konzepts beteiligen. Nur mit der **Bündelung aller Kräfte** und der Begeisterung der Menschen in unserem Land kann die Bewerbung erfolgreich sein. Im Hinblick auf die Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2010 wird es in den nächsten Jahren ebenfalls darauf ankommen, eine stärkere Verzahnung der kulturpolitischen Aktivitäten aller Ressorts zu erreichen.

Für eine konstante und gesicherte Arbeit in den vielfältigen kulturellen Einrichtungen unserer Städte ist besonders die Verlässlichkeit der beteiligten Partner bedeutend. Den Kultureinrichtungen in Bremen und Bremerhaven wollen wir daher **mehrjährige finanzielle Planungssicherheit** geben. Bereits erarbeitete Kontrakte sollen in der neuen Legislaturperiode endgültig abgeschlossen werden.

Kultur ist als **Standortfaktor** anerkannt. Deshalb haben wir durch die Sanierung zahlreicher Kultureinrichtungen in Bremen wie in Bremerhaven den Grundstein für erfolgreiche Veranstaltungen gelegt. In verschiedenen Kultureinrichtungen werden diese Sanierungsmaßnahmen fortgesetzt, wie z.B. dem Übersee-Museum oder dem Goethe-Theater. Die Zentralbibliothek wird im ehemaligen Polizeihaus am Wall neu angesiedelt und wird damit einen wichtigen Verbindungspunkt von Innenstadt und Viertel bilden. In den kommenden Jahren werden wir die Einrichtungen bei ihrer baulichen Sanierung weiter unterstützen. Von großer Bedeutung für den Standort sind auch die im Land Bremen aktiven ausländischen Kulturinstitute, deren anerkannte Arbeit auch in Zukunft fortgeführt werden muss.

Das landesbremische **meereskundliche Nordsee-Museum** Bremerhaven ist ein wichtiger Teil der maritimen Kultur der Seestadt und auch Europas und muss daher als Ganzes in Bremerhaven erhalten bleiben.

Ein weiterer Schwerpunkt wird in der **Förderung der Musik** im Lande Bremen liegen. Der Musikunterricht an den Schulen muss durch entsprechend qualifizierte Fachlehrer auch tatsächlich erteilt werden. Kooperation von Schulen mit anderen Chören und Musikgruppen in und um Bremen und Bremerhaven werden unterstützt. Gerade auch im Hinblick auf die Ausrichtung der **Chorolympiade** bieten sich vielfältige Möglichkeiten, Menschen in Bremen und Bremerhaven für Musik zu begeistern.

Musikschulen in Bremen und Bremerhaven sollen auch in Zukunft attraktive Angebote für Kinder und Jugendliche anbieten können.

Freizeit- und Aufenthaltsqualität steigern

Bremen und Bremerhaven sind lebenswerte Städte und sollen es auch in Zukunft bleiben. Mit den Investitionen der vergangenen Jahre in **Tourismus- und Freizeitattraktionen** haben Bremen und Bremerhaven deutlich an **Lebensqualität** gewonnen. Beide Städte sind interessanter und anziehender für Touristen geworden und haben gleichzeitig an **Erlebniswert** für die Einwohner gewonnen. Das Universum wird nicht nur von Touristen besucht, sondern hat sich zum Magneten für Schulklassen und Familien aus Bremen und der Umgebung entwickelt. Wir wollen mit dem Visionarium die Attraktivität des Projektes auf hohem Niveau erhalten und noch weiter ausbauen. In Bremerhaven üben das Schifffahrtsmuseum, das gerade sanierte Theater und die neue Bürger die gleiche Anziehungskraft aus, wie in Zukunft auch der neu gestaltete Zoo am Meer.

In den kommenden Jahren wird die Gestaltung der individuellen Freizeit an Bedeutung gewinnen. In allen Bereichen werden Menschen noch mehr nach **Erlebnissen in der Freizeit** suchen. Tourismus, Kultur, Sport und Unterhaltung werden sich zu Erlebniswerten entwickeln, denen wir in Bremen und Bremerhaven große Bedeutung beimessen - so tragen wir der Entwicklung Rechnung und wollen sie zum Wohle unserer beiden Städte nutzen. Die Menschen sollen zu uns nach Bremen und Bremerhaven kommen, um ihre Freizeit mit einem hohen Erlebniswert zu verbringen. Die Suche nach Entspannung und Erholung wird angesichts zunehmender Schnelllebigkeit und wachsender Anforderungen an Flexibilität und Mobilität zunehmen. Angebote für **Wellness, Sport, Spiel und Kultur** werden in Zukunft immer mehr nachgefragt. Wir werden daher Bremen und Bremerhaven für solche Angebote weiter öffnen und entsprechende Aktivitäten privater Unternehmer unterstützen. Hier können **zukunftsorientierte Arbeitsplätze und Dienstleistungsangebote** entstehen. Diese Angebote steigern somit nicht nur die Lebensqualität im Freizeitbereich für die Menschen in Bremen und Bremerhaven, sondern schaffen insbesondere **Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten**.

Zu Städten wie Bremen und Bremerhaven gehören lebendige Innenstädte mit attraktiven **Einkaufs- und Shoppingangeboten**, gute und vielfältige **Gastronomie**, **Kinos**, **Diskotheken**, **Konzerte**, **Ausstellungen** und **Sportmöglichkeiten**. Erst die Vielfalt solcher Angebote macht eine Großstadt so lebenswert und schön, wie viele Menschen unsere beiden Städte empfinden. Diese Möglichkeiten wollen wir erhalten, ausbauen und weiter über die Grenzen unseres Landes bekannt machen, um **mehr Einwohner und Touristen nach Bremen und Bremerhaven** zu ziehen.

Das **Schaufenster Fischereihafen** in Bremerhaven zieht ganzjährig Einheimische und Touristen an. Diese Attraktion wird weiter auf diesem hohen Niveau gehalten werden. Die **Schlachte** in Bremen wird in den nächsten Jahren weiter verlängert und ausgebaut, um mehr Raum für Erholung, Entspannung, Gastronomie und Freizeitaktivitäten in maritimem Flair zu schaffen. Jung und Alt erholen sich schon jetzt an der Schlachte - und kaum jemand kann sich einen Sommer in Bremen noch ohne einen Abstecher dorthin vorstellen. Touristen und Gäste sind begeistert von Ambiente und Lage dieser Erholungsmeile. Daran werden wir weiter arbeiten, u. a. wollen wir die Schankzeiten der Außengastronomie verlängern. Im Sinne einer attraktiven Stadtentwicklung für Bewohner und Gäste Bremens und Bremerhavens.

Für Sport begeistern

Die Menschen in Bremen und Bremerhaven sind **wahre Sportler** – sie treiben im Bundesvergleich überdurchschnittlich viel Sport und machen daher den Sport zu einem wichtigen Bestandteil ihres Lebens. Sport vermittelt Werte wie Hilfsbereitschaft, Teamgeist, Fairness und Respekt vor anderen Menschen unabhängig von Alter, Leistungsvermögen oder Herkunft. Insbesondere die Verbindung zum Wasser schafft in Bremen und Bremerhaven ideale Voraussetzungen, um **Wassersportarten** zu betreiben.

Die Sportvereine in Bremen sind das tragende Fundament für die Sportausübung. Neben dem Angebot der sportlichen Betätigung werden von den Sportvereinen wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernommen. Daher werden wir auch in Zukunft den

Anteil der Wettmittel, die aus den Erlösen der Lotterie Bremen in die Sportförderung fließen, auf einem hohen Niveau halten.

In Bremen engagieren sich über **12.000 Menschen** ehrenamtlich in den **Sportvereinen**. Sie schaffen die Voraussetzungen, damit die 170.000 organisierten Mitglieder ihren Sport so ausüben können, wie es ihren Interessen und Begabungen entspricht. Wir machen uns daher auch in Zukunft für die **Förderung des Ehrenamts im Sport** stark. Dies soll konkret durch die Modifizierung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes zur Qualifizierung ehrenamtlicher Tätigkeiten geschehen, damit Fortbildung für das ehrenamtliche Engagement im Rahmen des Bildungsurlaubs durchgeführt werden kann. Auch der Abbau von administrativen Hindernissen, die das freiwillige Engagement - nicht nur im Sport – erschweren, gehört für die CDU dazu.

Für mehr Bewegung an den Schulen außerhalb des Sportunterrichts fordern wir „**tägliche Bewegungszeiten**“ und „**Pausensport**“, die das Schulsportangebot ergänzen sollen. Ziel muss es sein, die dritte Sportstunde an den Schulen zu realisieren. Dazu sind Kooperationen der Schulen mit Sportvereinen in der unmittelbaren Umgebung zu verstärken. Um die Akzeptanz des Sportunterrichts bei Schülerinnen und Schülern deutlich zu erhöhen, müssen **Trendsportarten** wie Beachvolleyball, Inline-Skaten oder Klettern in die Lehrpläne eingearbeitet und tatsächlich angeboten werden. Durch die Nähe zum Wasser sollte den Schülern auch der **Zugang zu „maritimen Sportarten“** ermöglicht werden. Die Sportlehrerausbildung muss diesen neuen Anforderungen ebenfalls Rechnung tragen. Bei der Neueinstellung müssen verstärkt Sportlehrer berücksichtigt werden.

Die **Förderung des Spitzensportes** - auch von Menschen mit Behinderungen - ist eine wichtige Aufgabe unseres Landes. Erfolgreiche Spitzensportler sind gute Repräsentanten Bremens und wichtige Vorbilder für Kinder und Jugendliche. Wir setzen uns für die Unterstützung des Nachwuchses im Leistungssport in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ein. Gefördert werden insbesondere der Einsatz von Trainern, Trainingslager für Sporttalente, sportmedizinische Untersuchungen sowie Trainingsmaterialien.

Die CDU wird sich auch in Zukunft für den **Erhalt des Sportförderungsgesetzes** einsetzen, um den Sportlern im Land Bremen weiterhin verlässliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

Wir unterstützen die **Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Spiele** und die anschließenden Paralympics im Jahr 2012 unter Einbeziehung bremischer Sportstätten. Wir sehen das Projekt als eine große Chance für die gesamte bremische Sportlandschaft.

Bürgernahe Verwaltung schaffen

Die Verwaltungsabläufe in Bremen und Bremerhaven werden leider zu oft als unflexibel, langsam und belastend empfunden. Aber wenn man heute z.B. in das **Bürger Service Center** in der Pelzerstraße geht, kann man sehen, dass sich auch in der Verwaltung bereits viel in Richtung **Kundenfreundlichkeit** und **Serviceorientierung** getan hat. Ein erster Schritt, dem weitere regionale Angebote in Form des Bürger Service Centers folgen müssen. Denn wir wollen die Versorgung unserer Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. Dazu brauchen wir ein modernes, effizientes, transparentes und bürgernahe „Dienstleistungsunternehmen Stadt“.

Nutzen werden wir dabei die Möglichkeiten, die Bremen und Bremerhaven auf dem Gebiet der **elektronischen Verwaltung** (e-Government) bereits geschaffen haben. Die damit verbundenen Vorteile, wie kurze Wege, direkte Kommunikationsmöglichkeiten und Zeitersparnis werden Ihnen als Kunden der Verwaltung zugute kommen.

Die Möglichkeiten der elektronischen Verwaltung können den direkten Kontakt in den einzelnen Stadtteilen nicht vollständig ersetzen. In den Dienstleistungs- und den Sozialzentren werden daher die **Serviceleistungen** für Sie erbracht, die im Stadtteil notwendig sind.

In der öffentlichen Verwaltung muss die **Bereitschaft zu Modernisierung** und Veränderungen wieder vermehrt geweckt, aber auch gefordert werden. Die engagierten Beschäftigten im öffentlichen Dienst wissen wir bei der Verwirklichung dieses Zieles auf unserer Seite. Eine wirkliche Modernisierung in der Verwaltung können wir nur

erreichen, wenn die Beschäftigten diesen Prozess unterstützen. Jedem muss klar sein, dass er selbst mitverantwortlich ist für die Qualität seines Arbeitsplatzes. Gleichzeitig wollen wir für die Beschäftigten Spielräume eröffnen, die selbstständiges und eigenverantwortliches Arbeiten ermöglichen und dabei Einsatz, Engagement und Innovation anerkennen. Das nicht verfassungskonforme **Bremische Personalvertretungsgesetz** muss endlich novelliert werden, damit wir mehr Flexibilität im öffentlichen Dienst erreichen.

ZUKUNFT FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN

Bildung für unsere Kinder verbessern

Nur eine **lernende Gesellschaft** kann die Herausforderungen der Zukunft anpacken. Eine der wichtigsten Aufgaben der Schule ist, den Schülerinnen und Schülern die Fähigkeit zu geben, das erworbene Wissen umzusetzen und **selbstständig neues Wissen** erwerben zu können. In der Schule muss das Lernen erlernt werden. Nur so schaffen wir den Weg zu einer **lebenslang lernenden Gesellschaft**, die den Herausforderungen moderner Technologien und Entwicklungen gewachsen ist. Darüber hinaus hat die Schule ebenso wie das Elternhaus die Aufgabe, zu erziehen und Werte zu vermitteln. Dazu gehören Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft, Toleranz, Fairness, Mitmenschlichkeit und Tugenden wie Ordnung und Disziplin.

Die SPD, seit 1947 verantwortlich für die Bildungspolitik in Bremen, trägt – wie sie selbst zugegeben hat - die Verantwortung für die katastrophalen Ergebnisse in Bremen bei der so genannten **PISA-Untersuchung**. Die Ergebnisse dieser OECD-PISA-Studie stellen alle vor schwierige Aufgaben, die für die Ausbildung unserer Kinder verantwortlich sind. Wir wollen so schnell wie möglich erreichen, dass die Schülerinnen und Schüler in Bremen und Bremerhaven qualitativ und quantitativ besser unterrichtet und auf das Studium und das Berufsleben vorbereitet werden. Nur so können wir es erreichen, dass die Leistungsergebnisse der Schülerinnen und Schüler in Bremen und Bremerhaven gleichwertig gegenüber denen in anderen Bundesländern werden. Unsere Schulen brauchen neue, verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu gehört auch die völlige Überarbeitung aller Lehrpläne.

Wir wollen ein **Schulsystem**, das sich jedes einzelnen Schülers und jeder Schülerin annimmt und das möglichst niemanden ohne Abschluss entlässt. Jedes Kind birgt verschiedene Fähigkeiten, Charakterzüge und Entwicklungspotenziale in sich. Wir brauchen ein differenziertes, schulisches Angebot, das den unterschiedlichen Begabungen Rechnung trägt. Die CDU tritt deshalb für ein **gegliedertes Schulsystem** ein, das begabungsgerecht und durchlässig sein muss, so dass ein Schulwechsel bei veränderter Leistung für jeden möglich ist. Die bisherige Orientierungsstufe (Klassen fünf und sechs) hat den unterschiedlichen Begabungen höchst unzurei-

chend Rechnung getragen und ist deshalb abzuschaffen. Nach der **vierjährigen Grundschule** folgt der sechsjährige Bildungsweg auf einer klar profilierten Haupt-, Real- oder Gesamtschule bzw. das achtjährige Gymnasium mit einem eindeutig definierten Bildungsauftrag. In dieser Struktur ist eine optimale und individuelle Förderung möglich. Das Schulsystem in Bremen und Bremerhaven muss wieder logisch und überschaubar werden.

Zu den wichtigen Aufgaben des **Kindergartens** gehört die kindgerechte Vorbereitung auf die Schulwelt. Besonders für Kinder aus bildungsfernen Familien ist eine frühe Förderung wichtig. Sprachliche und motorische Defizite müssen rechtzeitig erkannt und aufgearbeitet werden. Daher müssen sprachliche Fördermaßnahmen schon im Vorschulalter ansetzen. Vor der Einschulung sollen alle Kinder auf ihre Fähigkeit in der deutschen Sprache untersucht werden mit dem Ziel, bei Defiziten an verpflichtenden Fördermaßnahmen teilzunehmen, um den Schulbeginn vorzubereiten. Das Beherrschen der deutschen Sprache muss Voraussetzung für die Teilnahme am Schulunterricht sein. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ist entsprechend neu auszugestalten.

Die Grundschule legt den fundamentalen Grundstein für die Lern- und Leistungsentwicklung unserer Kinder und deren Motivation. Dieser Schulform kommt eine zentrale Bedeutung bei der Ausprägung der verschiedenen Fähigkeiten zu, insbesondere der sprachlichen Grundsicherheit in Wort und Schrift, der aktiven Lesefähigkeit sowie den mathematischen Grundfähigkeiten. Sie soll unsere Kinder auf den Besuch der weiterführenden Schulen vorbereiten. Die Einschulung der Kinder sollte entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten erfolgen – im Einzelfall durchaus früher.

Die **Hauptschule** ist wesentlich aufzuwerten und in ihrer Eigenständigkeit – einschließlich eines profilierten Abschlusses – zu stärken. Dasselbe gilt für die **Realschule**, deren Ziel der erfolgreiche Übergang in eine Berufsausbildung oder bei entsprechenden Leistungen in die gymnasiale Oberstufe ist. Das **Gymnasium** muss die allgemeine Hochschulreife mit Abschluss nach zwölf Jahren zum Ziel haben. Es werden keine weiteren **Gesamtschulen** bzw. integrierten Stadtteilschulen eingerichtet. Ganztagschulen in offener sowie in gebundener Form sollten bedarfsgerecht angeboten werden.

Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung für das bremische Schulwesen. Zahlreiche dieser Schulen haben eigenständige, sehr unterschiedliche Profile entwickelt und werden für immer mehr Schülerinnen und Schüler attraktiv. Die von der CDU durchgesetzte Forderung, die staatliche Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft im Land Bremen dem Niveau der anderen Bundesländer anzupassen, wird schrittweise umgesetzt. Durch den derzeitigen Lehrermangel werden zunehmend qualifizierte Privatschullehrer von den öffentlichen Schulen abgeworben. Die CDU wird sich dieser Problematik annehmen und Lösungswege suchen. Insbesondere muss die Möglichkeiten der Abordnung bzw. Beurlaubung von Beamten für den Privatschuldienst stärker genutzt werden.

Die CDU sieht im **dualen Ausbildungssystem** weiterhin den Garanten für eine gute berufliche Ausbildung. Hier sind Staat, Unternehmen, Kammern und Schulen gleichermaßen verantwortlich und aufgerufen, das duale System nicht auszuhöhlen, sondern zu stärken und auszubauen.

Wir wollen durch die Einführung einer **Unterrichtsgarantie** erreichen, dass die Schülerinnen und Schüler im Land Bremen den Unterricht bekommen, der ihnen laut Stundentafel zusteht. Für alle Schularten wird ein übergreifendes **Qualitätsmanagement** mit interner und externer Evaluation auf- bzw. ausgebaut, um den Unterricht an den Schulen zu verbessern. **Vergleichsarbeiten** und **zentrale Abschlussprüfungen** dienen als Qualitätssicherung. Die **Eigenständigkeit der Schulen** auf der Basis von festgelegten Standards und vereinbarten Leistungszielen muss gestärkt werden.

Die Lehreraus- und fortbildung einschließlich der Berufseingangsphase muss mit dem Ziel größerer Praxisnähe reformiert und besser aufeinander abgestimmt werden. Die CDU will ein neues Arbeitszeitmodell für **Lehrer**. In einem Gesamtarbeitszeitkonto sollen Unterrichtsverpflichtung, Vertretungszeit, Präsenzzeit in der Schule sowie ein Kontingent für verbindliche Fort- und Weiterbildung enthalten sein. Schule kann nur unter starker Mitwirkung der **Eltern** gut arbeiten.

Wir setzen uns für eine verbesserte Ausstattung der Schulen auch mit **elektronischen Medien** ein. Schülerinnen und Schüler sollen jedoch nicht nur den Umgang

mit dem Computer lernen, sondern moderne Medien werden auch für die Wissensvermittlung im Unterricht genutzt. Aus diesem Grund müssen neue didaktische und inhaltliche Konzepte für den Einsatz neuer Medien im Unterricht erarbeitet werden. E-Learning-Projekte bilden hier einen Baustein. Schülerinnen und Schüler werden so befähigt, selbständig und interaktiv zu lernen. Auch im Rahmen der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist ein Schwerpunkt auf den Einsatz neuer Medien zu setzen.

Wir werden im Internet eine **Schuldatenbank** einrichten, mit der Schulprogramme und Schulleben aller Schulen in Bremen und Bremerhaven öffentlich dargestellt werden. Darüber hinaus sollen Schulqualität und Schulleistungen sowie sachliche Ressourcen der Schulen dokumentiert werden. Mit dieser Datenbank schaffen wir eine wichtige Informationsquelle für Schülerinnen und Schüler und Eltern und stellen den Wettbewerb der Schulen auf eine objektive Grundlage.

Wissenschaft und Technologie fördern

In Bremen und Bremerhaven sind die Hochschulen und Institute wichtige **Zentren für zukunftssträchtige Arbeitsplätze** geworden. An der Universität Bremen ist Raum für die Entwicklung neuer Ideen, Verfahren und Produkte. Die Hochschulen werden in den nächsten Jahren erweitert und neue räumliche Perspektiven und verbesserte Lehr- und Lernbedingungen erhalten. Außerdem muss es weiterhin möglich sein, dass sich in enger räumlicher Nähe zu den Hochschulen neue Unternehmen ansiedeln.

Qualität, Leistung, Eigenverantwortung, Wettbewerb und Internationalität sind die Leitziele unserer Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Die **International University of Bremen (IUB)** in Bremen-Nord ist beim weiteren Aufbau des Wissenschaftsbetriebes zu unterstützen. Den staatlich finanzierten Hochschulen wird eine hohe finanzielle Planungssicherheit gewährleistet.

Bremen sagt mit der CDU "Ja" zur **Spitzenforschung**. In den kommenden Jahren geht es darum, Spitzenforschung in Bremen zu etablieren und auszubauen. Forschung schafft Arbeitsplätze, zieht Talente an und macht den Standort für Unter-

nehmen und Institute interessant. Bremens Forschungsleistungen müssen dabei zu regionalen **Wirtschaftsimpulsen** führen.

Folgende Bedingungen müssen erfüllt werden, wenn Bremen zu den „**TOP 10**“, der deutschen Technologiestandorte aufsteigen will:

- (Weiter-)Entwicklung von Kompetenzprofilen (Cluster) wie Luft- und Raumfahrt, Mikrosystemtechnik, Nanotechnologie, Neurokognition, Informations- und Kommunikationstechnologie, Telematik, Logistik, Umwelttechnologie, Blaue Biotechnologie (Bremerhaven), Gesundheitswirtschaft etc.
- verstärkte Internationalisierung von Lehre und Forschung, d.h. Einführung weiterer gestufter Bachelor- und Masterstudiengänge, Etablierung von Centers of Excellence in wichtigen Forschungsbereichen, Vernetzung mit internationalen Forschungsverbänden, unter anderem um Drittmittel zu erhalten und einen intensiven Austausch von Wissenschaftlern zu erreichen, verstärkt Vorlesungen auf englisch anbieten zu können und das Angebot von Sprachkursen auszuweiten
- verstärkte Internationalisierung und Profilierung durch eine intelligente Berufungspolitik
- verbesserter Know-How- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und regionaler Wirtschaft
- verstärkte Koordination von Lehrangeboten mit dem niedersächsischen Umland
- verbessertes Marketing des Technologie- und Wissenschaftsstandortes Bremen/Bremerhaven als eine „City of Innovation“

An den bremischen Hochschulen werden wir eine **Kultur der Selbstständigkeit** bei Studierenden und Absolventen fördern. Gleichmaßen wollen wir die internationale Mobilität und Konkurrenzfähigkeit erreichen. Jungen Menschen werden wir im Land Bremen **Chancen eröffnen**, die ihnen eine internationale wissenschaftliche Karriere ermöglichen oder den Schritt in die Selbstständigkeit erleichtern. Professoren, Hochschulverantwortliche und Wissenschaftspolitiker müssen sich mehr denn je als "Chancenmanager" verstehen. Ausbildung - Studium - Praktika - wissenschaftliche Karriere - Existenzgründung - Know-how-Transfer - Wagniskapitalfinanzierung - Ex-

pansionsmöglichkeiten und Weiterbildung müssen in die Wissenschafts- und Technologiepolitik einfließen.

Die CDU ist für die verstärkte Einführung von **Wettbewerbselementen** in den Hochschulen, damit diese „**fit**“ für den internationalen Wettbewerb sind - dazu gehört z.B., dass die Hochschulen verstärkt ihre Studenten selbst auswählen können, aber auch **leistungsorientierte Besoldung der Professoren** und eine Mittelzuweisung, die sich an profunden Kennzahlen orientiert. Die CDU setzt sich für eine **Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS)** ein. Die Hochschulverwaltungen sollten durch eine externe, beratende Begleitung auf Effizienz und Dienstleistungsorientierung untersucht werden; danach sollte ein Prozess initialisiert werden, mit dem ein übergreifendes, nachhaltiges **Qualitätsmanagement** gesichert wird.

Eine **Verkürzung der Studienzeiten** ist aus ökonomischen Gründen wichtig - aber auch im Sinne der Studierenden selbst. Wer will, dass deutsche und Bremer Studenten international wettbewerbsfähig werden, muss alle Maßnahmen ausschöpfen, um die Studienzeiten zu verkürzen. Dies ist mit besseren Studienbedingungen, einer Qualitätssteigerung der Lehre, einer qualifizierten und verbindlichen Studienberatung, einer besseren Zusammenarbeit von Arbeitsamt, Personalberatungen, Unternehmen und Studienberatern, stringenten Prüfungs- und Studienordnungen sowie **einer Semestergebühr für Langzeitstudierende** möglich. Das **Erststudium bleibt gebührenfrei**; eine Einschreib- oder Rückmeldegebühr lehnt die CDU weiterhin ab. Begabte Studierende sind im Lande Bremen auch an allen Hochschulen sehr gezielt zu fördern.

Für optimale Studienleistungen ist es notwendig, dass Lehrende und Lernende ein gutes Studiumfeld haben, ausreichende Studienbedingungen vorfinden und sich in einem wissenschaftsfreundlichen Klima bewegen können. Der **Dialog zwischen Hochschulen und Bevölkerung** ist weiter zu fördern, so wie dies zahlreiche individuelle Initiativen, aber auch das Universum Science Center vorleben. Maßnahmen, die zu einer besseren Verständigung von Schulen, Bevölkerung und Wissenschaftseinrichtungen beitragen, werden durch uns gefördert.

Die **Aufenthalts- und Lebensqualität** auf dem Hochschulgelände und im Umfeld der Hochschulen muss nach Auffassung der CDU verbessert werden, dies beinhaltet sowohl infrastrukturelle Maßnahmen in Horn-Lehe und Neustadt, als auch die Schaffung kultureller Spielräume und Begegnungsmöglichkeiten. Wir werden die Unterbringung von Studierenden verbessern, indem wir private Investoren unterstützen, die Studentenwohnmöglichkeiten errichten.

Besonderes Augenmerk wird die CDU auf die **Entwicklung der Geistes- und Sozialwissenschaften** legen. Die Berufsorientierung und Qualität der Ausbildung ist in diesen Fächern zu verbessern; außerdem müssen sich die Angebote noch mehr international ausrichten. Ein neuer Studiengang und ein neues Institut „**Future Sciences**“ können die Interdisziplinarität zwischen Sozial- und Technikwissenschaften befördern, aber auch wichtige politikberatende Impulse für die künftige Ausrichtung und Weiterentwicklung der Hochschulen selbst werden. Die sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengänge können in vielen Bereichen wichtige beratende Funktionen wahrnehmen.

Die Nachfrage nach Studienplätzen an den **Fachhochschulen** steigt. Die erhöhte Nachfrage bedeutet: Fachhochschulen brauchen eine **verbesserte Mittelausstattung**. Diese Hochschulen garantieren kurze Studienzeiten und bilden insbesondere junge Menschen für die regionale Wirtschaft aus. Die CDU fördert insbesondere die **Hochschule Bremerhaven** in ihrem Bemühen, ein internationales, maritimes Kompetenzprofil zu entwickeln. Wir sehen in den Bereichen Seetouristik, Maritime Technologien, Lebensmittelwirtschaft, Meeresforschung und Blaue Biotechnologie besondere Chancen für den Wissenschaftsstandort Bremerhaven und werden diese weiter fördern. Künftig gilt es im Bereich der angewandten Forschung neue innovative Felder mit Alleinstellungsmerkmalen für den **Hochschulstandort in Bremen** zu erschließen.

Die Vernetzung der Hochschulen untereinander, mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen wird mit der CDU forciert. Wir werden eine verbindliche **Qualifizierungsoffensive** für Lehrende initiieren. Es müssen Kooperationen geschaffen werden, damit Studierende einen günstigen Zugang zum „**Virtuellen Campus**“ bekommen. Es ist die Überzeugung der CDU, dass das E-Learning geeignet ist, neue Im-



pulse für die Weiterbildung zu schaffen. Die Weiterentwicklung von Wissenschaftskongressen dient zugleich der Weiterbildung, dem Tourismus sowie auch dem Wissenschafts- und Technologiemarketing.

Sozialsysteme sichern, Missbrauch verhindern

In allen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme hat sich die Situation in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Insbesondere die gesundheitspolitische Bilanz nach vier Jahren rot-grüner Bundesregierung ist katastrophal: Die finanzielle Lage der **Krankenversicherung** ist desolat, die Versorgung der Patienten und Pflegebedürftigen verliert an Qualität, Ärzte und Pflegepersonal sind überlastet und die Krankenversicherungsbeiträge steigen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik von **Rot-Grün** in Berlin hat **Beschäftigung nicht gefördert**, sondern vernichtet. Auch dies hat sich negativ auf die finanzielle Lage der Krankenversicherung ausgewirkt. Die Finanzlage der gesetzlichen **Rentenversicherung** ist schlecht. Die Rentenbeiträge sind in den vergangenen Jahren gestiegen, die so genannte „Riester-Rente“ wird von den Menschen nicht akzeptiert, notwendige Strukturmaßnahmen werden aufgeschoben. Außerdem verlieren die Bürger den finanziellen Spielraum, privat für das Alter vorzusorgen, weil die Sozialbeiträge ständig steigen. Mit unserer Regierungsbeteiligung wird Bremen mit seinen Stimmen im Bundesrat Einfluss auf wichtige Entscheidungen nehmen, um die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu erhalten.

Nach wie vor hat das Bundesland **Bremen mit 9,2 Prozent die höchste Sozialhilfequote** aller Bundesländer. Wir werden viel stärker gegen den Sozialhilfemissbrauch vorgehen. Durch den **Datenabgleich** von Sozialhilfeempfängern mit den Kfz-Zulassungsstellen sowie mit dem Verband deutscher Rentenversicherungsträger konnten bereits zahlreiche Betrugsfälle aufgedeckt werden. Wir führen den so genannten **Außenermittlungsdienst** („Sozialamtsdetektive“) bei der Sozialbehörde ein, der vor Ort Überprüfungen vornimmt. Durch die intensive Nutzung aller rechtlich möglichen Maßnahmen wollen wir die Sozialhilfequote in Bremen deutlich senken. Diese eingesparten Mittel werden den Menschen zukommen, die diese Unterstützung auch tatsächlich benötigen.

Wir halten es für zumutbar, dass erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger einer vom Sozialhilfeträger angebotenen **gemeinnützigen Tätigkeit** nachgehen. Auf diese Weise werden Sozialhilfeempfänger, die bereits seit längerer Zeit nicht mehr gearbeitet haben, auf ein folgendes Beschäftigungsverhältnis vorbereitet. Wird ein solches Ange-

bot abgelehnt, wird die Sozialhilfe gekürzt. Die in diesem Bereich geltenden rechtlichen Möglichkeiten müssen endlich konsequent angewendet werden.

Zudem bringen wir die **Pauschalierung** von Sozialhilfeleistungen voran. Für einmalige Leistungen oder Kosten für die Unterkunft sollen monatliche Pauschalbeträge gezahlt werden, die einer regelmäßigen Überprüfung unterliegen. Ziel dieser Maßnahme ist es, den materiellen und personellen Verwaltungsaufwand in den Sozialbehörden zu senken. Zudem sollen Leistungsempfänger lernen, mit einem vorgegebenen Budget sparsam umzugehen.

In der **Krankenhilfe** der Sozialhilfeempfänger werden wir durch eine entsprechende Kontrolle der Abrechnungen Missbrauch eindämmen.

Integration fordern und fördern. Zuwanderung steuern und begrenzen

Bremen und Bremerhaven sind **weltoffene, ausländerfreundliche Städte**. Durch die Vergangenheit als Hansestadt hat es in Bremen seit jeher einen regen und nutzbringenden Austausch mit Menschen aus anderen Ländern gegeben. Heute leben Menschen aus der ganzen Welt in Bremen und Bremerhaven. Kunst, Literatur, Gastronomie, aber auch die wirtschaftliche Aktivität der ausländischen Bürger sind eine Bereicherung und machen das Leben in unseren beiden Großstädten vielfältiger und somit interessanter.

Mit der Gründung der **International University Bremen (IUB)** ermutigen wir junge qualifizierte Menschen aus der ganzen Welt dazu, nach Bremen zu kommen, um hier ihre Ausbildung zu absolvieren. Die **kulturelle Vielfalt** sowie die Toleranz gegenüber Ausländern werden zudem auch bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einem zukünftigen Unternehmenssitz zu einem immer wichtigeren Standortfaktor.

Unsere Gesellschaft ist bereit, integrationsbereite Ausländer aufzunehmen, tolerant und hilfsbereit auf sie zuzugehen. Aber das Maß dieser Aufnahmebereitschaft sowie die Grenzen der Aufnahmefähigkeit dürfen nicht überschritten werden, sondern müssen der Maßstab für eine **begrenzte und gesteuerte Zuwanderung** sein. Die CDU

hat im Rahmen der Debatte um das Zuwanderungsgesetz deutlich gemacht, dass sie – im Gegensatz zu den Vorstellungen der rot-grünen Bundesregierung – für eine viel deutlichere Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung eintritt. Angesichts der derzeitigen Situation auf dem Arbeitsmarkt hat für die CDU die **Qualifizierung einheimischer Arbeitnehmer Vorrang** vor noch stärkerer Zuwanderung.

Erfolgreiche Integration kann nur durch ein **differenziertes Integrationsangebot** sowie durch ein intensives Bemühen der Zuwanderinnen und Zuwanderer, diese Angebote auch wahrzunehmen, realisiert werden. Gleichzeitig soll der Verstoß gegen die Teilnahmepflicht an Integrationsmaßnahmen sanktioniert werden, z. B. durch den Verlust des Anspruchs auf soziale Transferleistungen.

Höchste Priorität messen wir dem **Erlernen der deutschen Sprache** bei. Nur wer diese beherrscht, kann an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen und seine Berufschancen nutzen. Gleichzeitig birgt die Zweisprachigkeit für die Zuwanderer auch zahlreiche Chancen, die viel offensiver kommuniziert werden müssen. Für Menschen, die künftig mit der Perspektive eines dauerhaften Aufenthaltes in die Bundesrepublik kommen, sind obligatorische Kurse anzubieten, in denen neben den Grundkenntnissen der deutschen Sprache auch Grundzüge der deutschen Geschichte und Rechtsordnung vermittelt werden.

Insbesondere bei Kindern sind die Integrationschancen besonders hoch. Aus diesem Grund werden wir einen Schwerpunkt auf die **Vermittlung von deutschen Sprachkenntnissen im Vorschulbereich** legen, damit jedes Kind bei Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt.

Den demographischen Wandel gestalten

Der demographische Wandel wird uns vor **enorme Herausforderungen** stellen. Sinkende Kinderzahlen und die gestiegene Lebenserwartung der älteren Generationen haben bereits jetzt schwerwiegende Auswirkungen auf fast alle Bereiche unserer Gesellschaft. Wir müssen feststellen, dass der Generationenvertrag ins Wanken geraten ist. Betroffen sind das Rentensystem, in das immer weniger immer mehr ein-

zahlen, das Gesundheitssystem, das mit der steigenden Zahl der Kranken und den explodierenden Kosten der medizinischen Versorgung nicht zurechtkommt, um nur zwei Beispiele zu nennen. Vieles können wir nicht in Bremen und Bremerhaven verändern. Aber wir müssen angesichts dieser Entwicklungen unser Handeln an diesen Herausforderungen ausrichten, um für die Menschen in Bremen und Bremerhaven eine lebenswerte Zukunft gestalten zu können.

Eines der Hauptziele unserer Politik wird weiterhin in der **Gewinnung von Einwohnern** bestehen. Wir wollen damit der Gefahr begegnen, dass Bremen und Bremerhaven auf Grund niedriger Geburtenraten Einwohner verlieren und nicht riskieren, dass in unserer Region die Menschen fehlen, die die Arbeit ausüben können.

Viele Punkte in diesem Programm sind daher genau auf die so wichtige Gestaltung des demographischen Wandels in Bremen und Bremerhaven ausgelegt. Da allein mit Zuwanderung die Altersstruktur nicht zu verändern ist, beginnt die Gestaltung der demographischen Entwicklung als erstes bei der **Schaffung eines familienfreundlichen Leitbildes** – wir müssen unsere vielfach zu **materialisierte Lebenseinstellung** überdenken. Der Bogen spannt sich weiter über ein Bildungssystem, das unsere Kinder auf das Leben nach der Schule, nach dem Leben im Elternhaus vorbereitet, das für eine verbindliche Werteorientierung sorgt und in dem Kinder das Lernen lernen. Notwendig ist eine **neue Definition von Arbeit und Leistung**, die eine soziale Anerkennung von Arbeit in der Familie und der Gesellschaft umfasst. Viele unbezahlte Tätigkeiten, die bisher gesellschaftlich nicht in einem ausreichenden Maße anerkannt sind, müssen endlich Anerkennung finden, damit dieses Engagement eine Aufwertung erfahren kann.

Den demographischen Wandel gestalten heißt vor diesem Hintergrund vor allem, Entwicklungen zu erkennen und unser Bundesland mit seinen Menschen auf diese Entwicklungen vorzubereiten, indem bereits jetzt die **grundlegenden Weichenstellungen für die Zukunft** getroffen werden.

Chancen in Europa ergreifen

Um die Zukunft Bremens und Bremerhavens in Europa für die Menschen positiv zu gestalten, bedarf es **neuer Strategien und Kooperationen**. Wir leben in einem vereinten Europa, das enger zusammenwachsen und in naher Zukunft noch größer werden wird. In einem Europa der Länder und Regionen werden Bremen und Bremerhaven gemeinsam mit umliegenden Städten, Kreisen und Gemeinden daran arbeiten müssen, die Region stark zu positionieren. Dazu bedarf es einer **umfassenden europäischen Strategie** in der Verwaltung und Politik, die zum Ziel hat, Bremen und Bremerhaven in Europa nicht untergehen zu lassen. Die Europäische Union betrachten wir dabei nicht allein als Geldquelle, die Forschung, Infrastruktur und Stadtentwicklung finanziert; sie bietet die einmalige Gelegenheit, Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Schulen, wissenschaftliche Kooperationen, kulturellen und künstlerischen Austausch und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu praktizieren und sich dabei das Beste und die Besten für Bremen und Bremerhaven zu sichern.

Gerade ein so kleines Bundesland wie Bremen wird die **Vorteile** der übersichtlichen und kleinräumigen Strukturen in Zukunft mehr nutzen und in den Vordergrund stellen müssen, will es im Wettbewerb mit vielen anderen modernen und starken Regionen in Deutschland und Europa bestehen. Die CDU Bremen begreift die Größe unseres Bundeslandes nicht als Nachteil, sondern als Chance. Wir können schneller reagieren, schneller verändern, schneller umsteuern. Wir können Vorreiter sein bei Entwicklungen, für die Flächenländer Jahre brauchen. Wir werden diese Vorteile einer kleinen Einheit wie Bremen und Bremerhaven noch konsequenter nutzen und vor allem in Deutschland und Europa bekannt machen, um die **Anziehungskraft unserer beiden Städte zu erhalten und weiter zu stärken**.